

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der
Zentral-Frankenkasse der Maurer, Gipfer (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stanningh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Befendindorf 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Vereins-Anzeigen
für die dreizehnpaltige Zeile oder deren Raum 30.

Auferstehung.

Sonntagsfrühe! — Frühlingsmorgen!
Ueber Bord mit Last und Sorgen!
Draußen blühen Sträucher, Bäume,
Draußen wandeln helle Träume
Durch die Gärten, durch die Felder,
Durch die Wiesen, durch die Wälder,
Bräutlich prangt die ganze Flur:
Hochzeit feiert die Natur!

Also laßt die Glocken rufen
Zu des Altars stummen Stufen!
Laßt bei frommem Orgelklingen
Ueberfromme Väter singen,
Sich an toten Worten laben:
Uns deut Frühlings seine Gaben!
Reichen wir ihm Herz und Hand
Wenn er zieht ins Sonnenland!

Drauß an Bach und Fluß und Strome,
Allwärts unterm Himmelsdome
Geht ein Jauchzen, geht ein Singen,
Geht ein Lachen, Raunen, Klingeln,
Geht der Lüfte weiches Locken,
Tubeln uns're Sonntagsglocken:
Dorten laßt im duft'gen Maien
Uns der Auferstehung freuen!

August Ellinger.

Die Phalanx der Bauarbeiter.

Das Jahr 1907 war für die deutsche Bauarbeiterschaft sicher keines der besten. Die mehr als drei Jahre hindurch hier und da glänzende, im allgemeinen mindestens gute Bantätigkeit kante schon im Frühjahr merklich ab, um vom Jahresmittel an in immer schnellerem Tempo zurückzugehen. Zu der Verschlechterung des Arbeitsmarktes, und gewissermaßen als ihre Folge, kam der so durchaus unbefriedigende Ausgang des Kampfes in Berlin, eines Kampfes, der mehr Opfer erforderte als je einer zuvor und der auch auf den Stand der Organisation ungünstig wirkte. Und dieser Kampf war es schließlich nicht allein; noch in mehreren anderen Orten verlief die Bewegung — eben unter dem Einfluß der zurückgehenden Konjunktur — nicht so glücklich wie sonst, so daß man also mit Zug und Recht sagen kann, daß uns das Jahr 1907 nicht viel gutes brachte.

Um so wichtiger ist die Feststellung, wie die baugewerblichen Arbeiterorganisationen in ihrer Gesamtheit das Jahr überstanden haben, wie sich ihre Mitgliederzahlen bewegten, wie sich ihr Geldwesen gestaltete, wie im ganzen ihre Entwicklung, soweit sie sich in Zahlen festhalten läßt, war. Diese Feststellungen sind jetzt möglich, da die drei großen baugewerblichen Arbeiterverbände, die Zentralverbände der Bauarbeiter, Maurer

und Zimmerer, vor kurzem ihre Jahresabrechnungen veröffentlicht haben. Entnehmen wir daraus zunächst einige Angaben über die Mitgliederbewegung. In den Abrechnungen weisen Mitglieder nach:

die Bauhilfsarbeiter	74567 Mitglieder
„ Maurer	197066 „
„ Zimmerer	54651 „
Zusammen	326284 Mitglieder

Wir bemerken dazu, daß sich diese Zahlen, so weit wir sehen, auf den Schluss des dritten Quartals beziehen. Will man die Bedeutung unserer Organisationen für das Wirtschaftsleben richtig würdigen, so muß man natürlich ihren Stand in der Arbeitsperiode und nicht in der Zeit der winterlichen Arbeitslosigkeit zu grunde legen. Werken wir nun einen Blick auf die Entwicklung unserer Organisationen in den letzten fünf Jahren. Es zählte Mitglieder der:

Zentralverband	1903*	1904	1905	1906	1907
Bauarbeiter	22635	33245	46308	70648	74567
Maurer	101155	128850	155911	188587	197066
Zimmerer	27265	35891	42249	50548	54651
Zusammen ..	151055	197986	244468	304733	326284

* Die Zahlen für 1903 bis 1906 geben den Jahresdurchschnitt an.

Das ist fürwahr ein gewaltiger Aufstieg in diesen Jahren, und wenn die Zunahme im Jahre 1907 immer noch rund 22 000 beträgt, so ist das in Anbetracht der oben geschilderten Zeitläufe ein Fortschritt, der sich wohl sehen lassen kann und der alle erfreuen wird, die in starken Arbeiterorganisationen einen notwendigen Regulator unseres Wirtschaftslebens sehen. Es sei aber auch auf eine Erscheinung hingewiesen, die uns zwar nichts Neues sagt, die aber doch erwähnt zu werden verdient. Das ist der Rückgang der Mitgliederzahlen im Brandenburger Gebiet. Er beträgt bei den Zimmerern rund 1000, bei uns rund 4000 und bei den Bauhilfsarbeitern wird er ebenso groß sein.

In dem Jahresbericht unseres Berliner Bauverbandes sind die Ursachen dieser Erscheinung für unsern Beruf bereits besprochen worden. Was dort gesagt ist, dürfte auch für die andern beiden Berufe zutreffen. Es wäre ganz verkehrt, wollte man den Rückgang ganz auf das Konto des Lohnkampfes setzen. In erster Linie ist er verschuldet durch die gerade in Berlin stark zurückgegangene Konjunktur, zum Teil allerdings auch durch den Kampf und zwar insofern, als viele Organisierte das Berliner Wohngebiet verließen, deren Arbeitsplätze dann aber später teilweise von Unorganisierten eingenommen wurden. Umso wertvoller ist es, daß dieser Ausfall

durch die Erfolge in den anderen Landesteilen mehr als ausgeglichen werden konnte.

So interessant es wäre, festzustellen, in welchen Gebieten die Erfolge liegen, so ist es doch nicht in einwandfreier Weise möglich, weil der Aufbau der Abrechnungen nicht in allen drei Verbänden gleich ist. Die Zimmerer rechnen nach Landesteilen, was den Vorteil hat, daß es Vergleiche mit den Ergebnissen der amtlichen Bevölkerungs- und Gewerbestatistik erleichtert, die Bauarbeiter und wir ordnen die Zusammenstellungen nach Gauen, für deren Grenzen die räumliche und wirtschaftliche Zusammengehörigkeit ausschlaggebend ist. Lassen wir es darum bei der Tatsache, daß die drei großen Bauarbeiterorganisationen trotz der ungünstigen Verhältnisse im vergangenen Jahre ihren Mitgliederbestand nicht allein gehalten, sondern wiederum erhöht haben.

Die Kraft unserer Organisationen liegt aber nicht allein in der großen Mitgliederzahl, sondern sie richtet sich auch, und nicht in letzter Linie, nach den Finanzen, die in den wirtschaftlichen Kämpfen als Kampf- und Widerstandsfonds zur Verfügung stehen. Die Jahreseinnahme an wöchentlichen Beiträgen betrug im

Verband der Bauhilfsarbeiter	M. 1661848,17
„ „ Maurer	„ 8417684,07
„ „ Zimmerer	„ 1724083,48
Zusammen	M. 6803615,72

Die Hauptkassen der Verbände hatten (ohne Kassenbestand) folgende Jahreseinnahme:

Bauhilfsarbeiter	M. 1277411,12
Maurer	„ 8395441,40
Zimmerer	„ 1277823,33
Zusammen	M. 9950675,85

Schließen wir diese Zahlenreihe mit einer Aufzählung der Kassenbestände. Es waren am Jahreschluß in den

	Bauhilfsarbeiter	Maurer	Zimmerer	Zusammen
Hauptkassen	626812,53	8528247,18	1016832,71	5171892,37
Sozial- u. Baukassen	250062,90	1271809,18	693399,94	2115272,02
Zusammen	876875,43	4800056,31	1610232,65	7287164,39

Das sind also sieben und ein Viertel Millionen Mark, über die die drei Verbände verfügen. Am Schluß des Jahres 1906 betrug das Vermögen des Verbandes der

Bauarbeiter	M. 824187,03
Maurer	„ 8564171,84
Zimmerer	„ 1322303,71
Zusammen	M. 5710662,58

Das Verbandsvermögen hat sich vermehrt bei den

Bauhilfsarbeitern	um M. 52688,40
Maurern	„ 1235884,47
Zimmerern	„ 587928,94
Zusammen also um	M. 1576501,81

Das ist das Ergebnis vom Jahre 1907: ein Mitgliedererfolg von mehr als 20 000 und ein Vermögenszuwachs von mehr als einundeneinhalbe Millionen Mark. Und das in einer Zeit, die unseren Kämpfen wenig günstig war und die auch das Heer der arbeitslosen Berufscollegen bedeutend anschwellen machte. Das war freilich auch sehr nötig, denn empfindlich unangenehm wäre es gerade in dieser Zeit gewesen, wenn wir statt über einen Fortschritt über einen Stillstand oder gar über einen Rückgang hätte quittieren müssen. Dann hätte der Nachfolger in den Kreisen der Unternehmer neue Nahrung gefunden und manches wäre vielleicht anders gekommen, als es jetzt zu werden sich anläßt. Vielleicht wirken diese Darlegungen auf jene Kreise etwas besänftigend; denn sie sind sicher danach angelegt, den Unternehmern zu zeigen, daß es denn doch ein verteufteltes gemagtes Ding ist, alles auf eine Karte zu setzen und einen Gegner herauszufordern, dessen Bataillone und Arsenale auf den Kampf gerüstet sind. Für uns aber wie für alle Freunde friedlichen Kulturfortschritts bringen diese Zahlen die tröstliche Gewissheit, daß die Zeiten des Unternehmerrassismus im Baugewerbe vorbei sind. Wie ein regelnder Pendel im Uhrwerk wirken heute die starken Verbände im Wirtschaftsleben; das ruhige Vorrücken des Zeigers der Weltentzweiung zu fördern und zu gewährleisten ist die Aufgabe, der sie sich mehr und mehr gewachsen zeigen. Und des freuen wir uns.

Das blockparteiliche Vereinsgesetz.

Der Block hat sich, dank der Treue des Freisinns imerrat, bewährt. Es ist ihm durch jähres Zusammenhalten gelungen, seine Kompromißbeschlüsse in zweiter und dritter Beratung im Plenum des Reichstags zur Annahme zu bringen. Bereits am 15. Mai d. J. soll das neue Gesetz in Kraft treten.

Ueber die Kompromißbeschlüsse sind unsere Leser bereits unterrichtet. Ein Ausnahmegezet bedenklicher Art ist geschaffen worden, das nicht nur gegen die Polen und sonstigen fremdsprachlichen Elemente im Reich aus politischen Gründen sich richtet, sondern auch gegen die deutsche Arbeiterschaft und ihre gewerkschaftlichen Organisationen.

Vergebens haben die Sozialdemokraten sich bemüht, ein besseres Gesetz zu Stande zu bringen. Alle ihre Änderungsanträge wurden abgelehnt. Für die wichtigsten derselben stimmte auch das Zentrum nicht, dessen Opposition sich ja hauptsächlich nur gegen den Sprachenzwangparagrafen richtete. Im Prinzip teilten die Zentrumsleute mit den Blockparteien den Standpunkt, daß Vereine und Versammlungen polizeilicher Überwachung und Bevormundung zu unterwerfen seien. Doch vertraten sie diesen Standpunkt durchaus nicht mit der Schärfe und Rücksichtslosigkeit, wie die Freisinnigen. Einer der Führer der letzteren, der „alte Demokrat“ v. Payer, versiegte sich dazu, dem polizeistaatlichen Regiment unter Berufung auf den „gebundenen Menschenverstand“ das Wort zu reden, es zu rechtfertigen, daß das Gesetz auf den Grundsatze der polizeilichen Überwachung aufgebaut sei. Kühnlich warnte er vor einer „Uebertreibung der Prinzipien des Rechtes und der Freiheit“. Eine frivole Verleugnung der Grundzüge des Liberalismus, als der Freisinn sie bei dieser Gelegenheit gelobt hat, ist kaum denkbar. Noch vor wenigen Wochen verkündeten Herr v. Payer und seine Leute feierlich, der Entwurf der Regierung entspreche auch nicht entfernt den Anforderungen eines wahren Liberalismus und sei deshalb unannehmbar. Dann fielen sie um, halfen den schlechten Entwurf zu einem noch schlechteren gestalten, und verkündeten nun nicht minder feierlich, er biete „große Verbesserungen“ gegenüber dem bestehenden Zustande; die neue Rechtsinheit auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungswezens möge manches zu wünschen übrig lassen, sei aber doch ein „gewaltiger Fortschritt“.

Das ist Heuchelei. Für die starke Hälfte des deutschen Volkes bringt das Gesetz nur Verschlechterungen, zum Teil ganz erheblicher Art. So insbesondere für Württemberg, Hessen, Baden und einige mittelbayerische Staaten. Auf die Unterschiede haben wir schon früher mehrfach hingewiesen.

Daß man endlich auch den Frauen das Recht der Teilnahme an politischen Vereinen und Versammlungen gewährt hat, ist allerdings als ein Fortschritt anzuerkennen. Aber es ist zu beachten, daß die Regierung die Blockparteien damit der Tatsache genügt, daß auch die bürgerlichen Parteien und die herrschenden Klassen im Laufe des letzten Jahrzehnts dazu gelangt sind, die Gleichberechtigung der Frau auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungswezens anzuerkennen. Und zwar aus politischen Zweckmäßigkeitsgründen, weil auch die Frauen der herrschenden Klassen mehr und mehr das Bedürfnis politischer Betätigung empfunden und befunden haben. Wäre das nicht der Fall, so würden die verbündeten Regierungen und die bürgerlichen Parteien sich ganz gewiß nicht zu dieser Gleichberechtigung bekennen haben.

Für Preußen, Sachsen und einige andere, vornehmlich norddeutsche Staaten, darf die Einschränkung der Bestimmungen, betreffend Anmeldung von Versammlungen und Vereinsmitgliedern, als eine Erleichterung, als eine Verbesserung gegenüber den seit her bestandenem Zustände gelten.

Das ist in der Hauptsache aber auch alles, was das Reichsvereinsgesetz an Verbesserungen enthält. Ungleich bedeutender sind seine schlechten, bedenklichen und unzureichenden Bestimmungen.

Das Vereins- und Versammlungsrecht ist auf Deutsche beschränkt, Ausländern ist es nicht zuerkannt. Die Polizei kann, wenn sie will, Ausländern die Teilnahme an Vereinen und Versammlungen unmöglich machen, wie sie das seither schon, sowohl auf dem Gebiete der politischen wie gewerkschaftlichen Bestrebungen getan hat, vornehmlich in Preußen. Durch den § 7 wird diese Kompetenz der Polizei in außerordentlichem Maße verstärkt und verschärft.

Es kommt hinzu, daß die Regierung und die Blockparteien nicht dafür zu haben waren, entsprechend einem sozialdemokratischen Antrage, im Gesetz den Begriff „politische Angelegenheiten“ festzustellen. Den Mangel einer solchen Definition hat die deutsche Arbeiterschaft bekanntlich seither schon schmer empfinden müssen. In willkürlichster Weise hat die Polizei gewerkschaftliche Vereine und Versammlungen, Arbeiterbildungs- und Turnvereine u. z. „politische“ gestempelt und den einschränkenden gesetzlichen Bestimmungen schuldlos unterworfen. Diese Kompetenz der Polizei läßt das Reichsvereinsgesetz bestehen; ihr ist in diesem Punkte

völlig unbeschränkter Spielraum gelassen. Nach wie vor können derartige Vereine und Versammlungen von der Polizei als „politische“ erklärt und dementsprechend behandelt und mißhandelt werden.

Zwar hat der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg Erklärungen abgegeben, wonach eine rigorose Anwendung des neuen Gesetzes, besonders des § 7, unterbleiben soll. Das mag ehrlich gemeint sein. Aber die sozialdemokratischen Gegner haben in zweiter und dritter Lesung des Entwurfs nachdrücklich darauf hingewiesen, daß erfahrungsgemäß auf derartige ministerielle Versicherungen nichts zu geben ist. Die Handhabung und Auslegung des Gesetzes ist ja Sache der bundesstaatlichen und örtlichen Polizeigewalt, auf die ein Reichsminister gar keinen Einfluß hat. Wenn es den Blockparteien Ernst wäre um den Schutz der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen gegen polizeiliche Willkür, so hätten sie die sozialdemokratischen Anträge annehmen müssen. Indem sie das nicht taten und sich mit der Erklärung des Staatssekretärs begnügten, bewiesen sie, daß sie das polizeiliche Willkürregiment in diesem Punkte anerkennen und aufrecht zu erhalten wünschen. Wenigstens die sozialdemokratische Arbeiterschaft, die freien Gewerkschaften und sonstige mißliebige Arbeiterorganisationen sollen nach wie vor von ihr betroffen werden können. Anders ist ihr Widerstand gegen die sozialdemokratischen Anträge nicht zu deuten.

Der reine Hohn ist's, daß die Freisinnigen projektieren haben, im preussischen Landtage dahin zu wirken, daß entsprechend den von dem Staatssekretär des Inneren gegebenen Zusicherungen in Ausführung des § 7 des Vereinsgesetzes im Wege der Landesgesetzgebung oder durch Anordnung der Landeszentralbehörde einer Beeinträchtigung der Bestrebungen der Arbeitervereine (Gewerkschaften und Gewerkschaften) durch den Sprachenzwangparagrafen vorgebeugt wird.

Ist es erhört? Im Reichstage stimmt der Freisinn für den Sprachenzwangparagrafen. Dort ist er, und nur er für sein Zustandekommen verantwortlich. Er hätte ihn verhindern können, wie er es vor seinem Umfalle ja auch wollte. Und im preussischen Landtage, wo er nichts zu sagen hat, wo die Junker die Majorität haben und auf die „Blocktreue“ pfeifen, will er für die Nichtanwendung dieses Paragrafen „wirken“. Weiter kann die Heuchelei der Freisinnserbärmlichkeit wahrlich nicht getrieben werden! Zu treffend bemerkt dazu die linksliberale „Berliner Volkszeitung“:

„Unseres Erachtens hat dieser Beschluß lediglich den Zweck, den Arbeiterorganisationen (den Hirsch-Dünckerischen Gewerkschaften u. z.), die gegen den Sprachenzwangparagrafen Protest erhoben hatten, Sand in die Augen zu streuen. Man schämt sich vor den Arbeitern wegen der schändlichen Nichtachtung ihrer berechtigten Forderungen und fürchtet, von ihnen in freisinnigen Versammlungen zur Rede gestellt und verhöhnt zu werden. Darum gebärdet man sich plötzlich so, als ob man Wunder was für sie tut, wenn man im preussischen Abgeordnetenhaus mit seiner arbeitserfindlichen Mehrheit einge- in diesem Hause unschätzbare - unverbindliche Redensarten für die Arbeitervereine vom Stapel läßt! Man überflacht dabei, daß die Arbeiter politisch viel zu sehr gedrückt sind, um sich durch dieses erbärmliche Komödienstück bummeln lassen zu lassen!“

Der Freisinn mag sich nun nachträglich stellen wie er will: über die Tatsache kann er nicht hinwegtäuschen, daß er beim Vereinsgesetz die alten liberalen Prinzipien des Rechts und der Freiheit, und damit in erster Linie die berechtigten Interessen der Arbeiterklasse, schönhe verraten, verkauft hat, um sich, wie Herr v. Payer ausdrücklich zugab, „nicht ausschalten zu lassen“, um im Block eine parteipolitische Rolle spielen zu können.

Dem Drängen der konservativen Blockbrüderschaft nachgebend, haben die Freisinnigen den Ausschluß der jugendlichen Personen bis zum vollendeten 18. Lebensjahre von politischen Vereinen und Versammlungen zugestimmt. Entgegen dem Regierungsentwurf, der auf diese Einschränkung, die seither selbst in Preußen nicht bestand, ausdrücklich verzichtet hatte mit der Motivierung:

„Für den völligen Verzicht des Entwurfs auf Beschränkungen für jugendliche Personen war in erster Linie die Erwägung maßgebend, daß Vereine und öffentliche Versammlungen nicht die einzigen Mittel sind, durch die ein politischer Einfluß auf Jugendliche möglich ist, daß daher durch eine Beschränkung auf diesem Gebiete nur ein Bruchteil der sich möglicherweise ergebenden Gefahren beseitigt wird. Außerdem spricht gegen die Festlegung einer Altersgrenze noch die Erwägung, daß die Ausgrenzung von jugendlichen Personen aus tatsächlichen Gründen schwer durchführbar erscheint und daß die Polizei vielfach zu lästigen Eingriffen geradezu genötigt würde, da sie nicht umhin könnte, bei Personen, deren äußere Erscheinung ihr Alter nicht ohne weiteres erkennen läßt, unter Umständen den Nachweis der Vereins- und Versammlungsmündigkeit zu verlangen.“

Am 8. April, bei der dritten Beratung, erfuhr man aus dem Munde des konservativen Abgeordneten

Diethrich, daß gelegentlich der Kompromißverhandlungen in der Kommission der Freisinnsmann Kopsch erklärt hat: Die Teilnahme Jugendlicher an politischen Vereinigungen und Versammlungen sei ein „Verbrechen an der Jugend“. Nicht wahr, dieser Parlamentarismus hat sich prächtig gemauert? Von dem Ausschluß der Jugendlichen wird natürlich in erster Linie wieder die gewerkschaftliche Organisation mitbetroffen. Die Polizei braucht nach gewohnter Praxis sie nur als „politische“ zu erklären, und den jungen Leuten unter 18 Jahren ist die Möglichkeit genommen, ihnen anzugehören.

Die deutsche Arbeiterklasse hat alle Ursache, dem Parlamentarismus, der für dieses Vereinsgesetz verantwortlich ist, als ihren geschworenen Feind zu betrachten und zu behandeln. Er ist die denkbar vollkommenste und gründlichste politische Entartung, der Inbegriff aller politischen Korruption. Abgesehen von der „Bluttreue“, hat ihn die Erwigung geleitet, daß das Reichsvereinsgesetz ein politisches Kampfmittel nicht nur gegen die Polen, sondern mehr noch gegen die Sozialdemokratie und die freien gewerkschaftlichen Organisationen sein soll. Den gewünschten Erfolg von der Anwendung dieses Mittels aber wird der Freisinn nicht erleben. In den Augen aller ehrlichen und anständigen Politiker haben die Freisinn-Blockparteien abgewirtschaftet. Es gibt im Reichstage keine Partei mehr, die es verdient, eine liberale genannt zu werden. Den reaktionären Gewalten und Parteien verkauft, müssen sie untergehen in Schmach und Schande.

Wirtschaftliche Rundschau.

Neue Reichs- und Staatsanleihen und der Geldmarkt, die Rückkehr zum Ägyptentypus. — Ranggewerbetarif und andere Industrien. — Eisenwerke. — Auswirkungen der amerikanischen Stockung. — Textilindustrie.

Nachdem ist das Angebot von Reichspapier relativ wieder etwas reichlicher und günstiger geworden, so nehmen das Reich und Preußen entfallen den Bumpfswinkel in die Hand, um von der größeren „Flüssigkeit“ soviel wie möglich für sich zu profitieren. Es sind zusammen nicht weniger als 850 Millionen Mark, mit denen man auf diese Weise den übrigen Reichspapierbesitzenden Konkurrenz macht, und man selbst in der gutgeleiteten bürgerlichen Presse mancherlei Worte über die „Stärkung des wirtschaftlichen Gefühlsprozesses“ hören. Denn schon im Januar dieses Jahres, nach der allerersten Veräußerung des Geldmarktes, nach der großen Finanzmacht, drängte sich Preußen mit seiner Auflegung von 181 Millionen Mark konflos sofort an die jährlich sich wieder füllende Krippe und ließ eine ganze Reihe anderer dringender Bedürfnisse damit zurück. Ein Begehren von über einer Milliarde im Laufe eines Quartals! Die jetzigen 850 Millionen Mark gliedern sich in folgende Teile: 250 Millionen vierprozentige Reichsanleihe, 400 Millionen vierprozentige preussische Anleihe, beide unfundiert und unforderbar bis 1918, am 1. April zu 90% p. a. aufzulösen — dazu 200 Millionen vierprozentige preussische Staatsanleihen, mit Lauffrist bis zum 1. April 1913, ohne öffentliche Auflegung, das heißt: im wesentlichen den großen Banken als bequeme Anlage und Lebensunterstützung vorstellbar.

Wir haben schon öfter darauf hingewiesen, wie unsere kapitalistische Gesellschaft selbst sich gegen diese heillose Mißwirtschaft auflehnen möchte, wenn sie nur könnte, wie sich eine gründliche Finanzreform ergäbe, die die Reichs- und Staatskasse mehr aus dauernd fließenden ordentlichen Einnahmen deckt, die also die rückwärtigen, verworrenden Eingriffe in den sonst schon übermäßig angepannten Reichspapiermarkt nach Möglichkeit vermeidet. Da man keine Reform auf der Seite der Ausgaben will, so muß man die notwendige Verringerung auf der Seite der Einnahmen zu schaffen suchen. Doch das wollen wir hier einfacher als das können.

Nach zu einer anderen Betrachtung gibt die Wahl des Zinsfußes Anlaß. Bis zum Anfang der neunziger Jahre zeigte bekanntlich der Reichspapiermarkt international eine Tendenz zum Sinken. Oder in der umgekehrten Widerlegung ausgedrückt: die fest verzinslichen Staatspapiere erlitten, weil ihre Zinssetzung immer mehr über den damals geltenden allgemeinen Normalzinsfuß emporstiege, eine immer höhere Kursabschwächung. Wir hatten im Jahre ursprünglich vierprozentige Anleihen, und diese stiegen 1877 noch unter 96, hoben sich jedoch, da die gewöhnlichen Anlagemöglichkeiten auf anderen Gebieten fielen, in der Bewertung auf über 100 am Anfang der achtziger Jahre, und dann sogar, an der Wende der achtziger und neunziger Jahre, auf 106 bis 108 im Jahresdurchschnitt. Seit der Mitte der achtziger Jahre kam deshalb das Reich mit dreieinhalbprozentigen Anleihen heraus, seit dem Anfang der neunziger Jahre sogar mit dreiprozentigen Schuldverschreibungen, da unterdessen auch die dreieinhalbprozentigen Papiere bis über 103 und 104 im Kurse hinaufgegangen waren. Seitdem hat der bis zum vorigen Herbst fast dauernde Geschäftsaufschwung wieder eine relative Knappheit des Kapitalmarktes erzeugt und alle Welt an eine steigende höhere Verzinsung gewöhnt. Entweder blieb nunmehr das Reich bei seinen 3% oder 3 1/2 p. — dann schuf sich das Kapital den Ausgleich durch die um so niedrigere Kursbewertung: die dreieinhalbprozentigen Titres standen schon 1900, auf dem Gipfel der damaligen Konjunktur, im Durchschnitt noch nicht 96, fielen in den letzten Tagen knapp 92, dreiprozentige Titres standen 1900 unter 87, und in den letzten Tagen knapp 82. So blieb denn kaum etwas anderes übrig, wie das allgemeine höhere Zinsniveau sta-

tioniertheit gleichfalls anzuerkennen und selber wieder zum älteren Anleihekurs zurückzuführen. Noch die preussische Finanzverwaltung ließ wenigstens einige Zukunftshoffnungen durchschimmern; sie gelang zwar auf zehn Jahre eine vierprozentige Verzinsung an, setzte dann aber 3% p. a. und nach weiteren fünf Jahren 3 1/2 p. a. Zins fest. Auf darauf hat man nunmehr verzichten müssen; es werden glatt 4 p. a. eingebracht bis 1918; alles weitere bleibt der Zukunft vorbehalten. Der Zeichnungskurs ist, wie erwähnt, auf 99 1/2 p. a. festgesetzt.

Die Gefahr eines großen Kriesenanstieges im Baugewerbe bezieht sich allmählich. Es tritt dabei immer deutlicher zu Tage, daß auch für das Unternehmertum triffende Gründe vorliegen, den Bogen nicht zu überspannen. Einmal hätte man in den eigenen Reihen genug Elemente zu suchen, die die beginnende Periode der leichteren Selbstbeschaffung und der billigeren Materialien lieber zum Bauen als zum Auspressen auszunutzen gedächten, auf die also im Notfall sehr wenig Verlaß blieb. Ferner meldeten sich von außen der sehr unbenutzbare Mahner — die eine realistische Mahler ist nun einmal fast immer in sehr verschiedene Interessengruppen geteilt. Es ist ferner kein Zufall, daß in den letzten Wochen aus den großen Kriesenindustrien der Baugewerbe heraus recht deutlich und vernünftig die Stimmen erklangen: die Eisenindustrie, der Holzhandel, die Zement-, Marmor- und Steinlieferanten hätten jetzt das denkbar größte Interesse, ihre Absatzverhältnisse nicht zu einer Katastrophe auszuweiten zu sehen; ganz naturgemäß schloß sich daran eine Menge ähnlicher Stimmen aus den Kreisen der Großhändler und Banken an, ja sogar aus den Kreisen der großen Konsumtionsgewerbe, der Brauereien, der Warenhäuser. Trotz des äußerlich zur Schau getragenen Mutes und Gleichmutes hätte allen diesen Kreisen ein Kriesenanstieg wie ein Alp auf dem Herzen gelegen.

Gerade die Eisenwerke, sonst ein Hauptstiel des Schmaragdmarktes, fühlen ihre Bedrohung in steigendem Maße. Im rheinisch-westfälischen Eisenmarkt, schreibt die „Deutsche Wirtschaftszeitung“, hat sich die Verknappung weiterhin verstärkt, da die großen gewinnfähigen Werke noch außerordentliche Quantitäten erzeugen und zwischen Produktion und Verbrauch noch kein Einklang hergestellt ist. Die Hoheisenproduktion hat sich erheblich verringert, so übertrifft sie beispielsweise im Siegerlande noch weit die beschlossenen Einschränkungen von 25 p. a. Auch auf anderen Gebieten herrscht vollständig störende Geschäftslage. Weithin heißt es in einem Situationsbericht der „Rhein-Westf. Ztg.“: Man konnte allmählich einen Tiefpunkt nahe wie 1900/1901; die Beschäftigung sei, obwohl der Betrieb selbst nicht mehr voll aufrecht zu erhalten, obwohl selbst dabei ein gut Teil auf Lager gearbeitet werde; bei noch fortlaufenden Abhängen müßten die Arbeiter durch „energetische Anmahnung, nicht selten Zwangsmittel“, zur Annahme willig gemacht werden. Wenn man erwidert, wieviel Eisen heute unter diesen Verhältnissen, so läßt sich denken, daß man nach dieser Seite nicht auch noch eine künstlich erzeugte Stockung wünschte.

Wie stark die amerikanische Krise auf einzelne deutsche Exportzweige zurückgeschlagen hat, zeigen jetzt die Ausfuhrstatistiken verschiedener amerikanischer General-konjunktur für das erste Quartal 1908. Im Berliner Bezirk wurden für 4 987 062 Waren exportiert gegen 4 154 976 im ersten Vierteljahr 1907. Das ist ein Anstieg um ein volles Drittel. Im Koburger Bezirk ging in denselben Perioden der Spielwareneport von 303 430 Dollars (über 4,3 Millionen Mark) auf 473 198 Dollars (knapp 7 000 000) zurück; Kunstwaren, Porzellan, Gemälde und Lederhandelswaren, die diesem Markt überhaupt nicht exportiert, während eine Reihe anderer Artikel einen Rückgang bis zu 75 p. a. erlitten hat; dagegen ist hier die Porzellanindustrie glimpflich weggelassen.

Ferner können immer stärkere Klagen aus den Textilindustrien, ohne daß jedoch von einer einheitlichen Abwärtsbewegung gesprochen werden kann. Im Elbfeld lassen die Stummelgarnspinner nur fünf Tage in der Woche arbeiten. In der Tuch- und Wollstoffindustrie sollen zwar bessere Verhältnisse günstig stehen, aber die großen Stapelwaren, die Konfektionsstoffe, folgen sehr zu wünschen übrig lassen und besonders am Niederkommen, in der Wollstoff, teilweise auch in Berlin, die Lage verschlechtern. Weithin hat die Berliner Wollstoffindustrie nur schwach zu tun. Dagegen hat der Verband der Sächsisch-Thüringischen Webereien, die hauptsächlich die dortige Kleiderstoffindustrie vertritt, einheitliche Vertriebsvereinigungen nicht für notwendig erklärt, obwohl er offen zugibt, daß der Geschäftserfolg ein spärlicher sei. Wiederum werden aus Oera Entlassungen und Vertriebsvereinigungen gemeldet.

Die Reichsbank soll, nach Abwicklung der Quartalsanfrage, nunmehr so ständige Rückläufe zu verzeichnen haben, daß man für die nächsten Tage eine Senkung des Diskonts von 5% auf 5 p. a. erwartet.

Berlin, 5. April 1908.

Mag. Schippel.

Politische Umschau.

Aus dem Reichstage.

Die Blockparteien bringen ihren Vereins-gesetzentwurf zur Annahme. Der Reichstag geht in die Osterferien.

Die zweite Beratung des Vereins-gesetzentwurfes wurde am 6. April fortgesetzt und beendet. Das Interesse konzentrierte sich hauptsächlich auf den durch Kompromißschluß eingetragenen § 10 a, wonach Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, nicht Mitglieder von politischen Vereinen sein und weder in den Versammlungen solcher Vereine, sofern es sich nicht um Veranstaltungen zu gewöhnlichen Zwecken handelt, noch in öffentlichen politischen Versammlungen anwesend sein dürfen. Das Zentrum beantragte statt 18. Lebensjahr zu setzen: 16. Lebensjahr. Mit einem sozialdemokratischen Antrage in der Tendenz übereinstimmend war der Antrag des Zentrums, dem § 10 b hinzuzufügen: „Die Bestimmung findet keine Anwendung auf Vereine und Versammlungen von Angehörigen eines bestimmten Berufes oder Standes, welche sich ausschließlich mit Angelegenheiten dieses Berufes oder Standes befassen, auch dann nicht, wenn hierdurch eine Einwirkung auf Gesetzgebung und Verwaltung

beeinträchtigt wird; insbesondere nicht auf Versammlungen der in § 152 der Gewerbeordnung genannten Personenkreise, wenn in denselben ausschließlich die dort bezeichneten Zwecke erörtert werden.“

Der Zentrumsvizepräsident Sieberts sagte in seiner Begründung des Antrages unter anderem: „Der Staatssekretär hat sich bei der ersten Lesung auch gegen den Ausschluß der Jugendlichen ausgesprochen. Gerade denen, die sich in einer idealen Weise betätigen wollen, verliert man die Möglichkeit hierzu zu nehmen. Gerade die besten sind schon sehr früh ins politische Leben gekommen, und wären das, was sie heute sind, ohne die frühesten Eindrücke des öffentlichen Lebens nicht geworden. Die Furcht, daß die jungen Leute etwa die politische Führung bekommen, ist ganz unbegründet; aber kennen lernen sollen die jungen Leute das politische Leben und seinen Ernst. Gerade die Gewerkschaften sollen auf die jungen Leute einen großen erzieherischen Einfluß ausüben. Man behauptet, die jungen Elemente in den Gewerkschaften neigen zum Radikalismus; das ist nicht der Fall. Abgesehen, weder in sozialdemokratischen, noch in den anderen Gewerkschaften, ist derartige zu Tage getreten, vielmehr läßt die Disziplin der älteren Leute einen sehr heilsamen Einfluß auf die Jugendlichen aus. In seinem evangelischen, ebenso in seinem katholischen Gesellenvereine können die politischen Angelegenheiten vollständig ausschalten; auch diese werden durch den § 10 a gelähmt. Erreichen Sie den ganzen Paragraphen, er ist nur ein höheres Schwert, das beim ersten Stich zerfällt. Wollen Sie das nicht, so legen Sie wenigstens das 16. statt des 18. Lebensjahres, und gestatten Sie zum mindesten den Gewerkschaften die Ausnahme jugendlicher Personen.“

Der konservative Abgeordnete v. C. a. m. e. r. vertrat die Ansicht, junge Leute hätten sich um Politik nicht zu kümmern; diese müßte „Sache und Vorseh der gereiften Leute“ bleiben. Scharf kritisierte der sozialdemokratische Abgeordnete Hilbrand den § 10 a als ein schweres Unrecht. Man wolle diese Bestimmung wohl hauptsächlich als Waffe zur Zerkürung der sozialdemokratischen Jugendorganisationen benutzen. „Auch für die gewerkschaftlichen Organisationen bedeutet der § 10 a eine große Gefahr; wir haben ja jetzt schon oft genug die Erfahrung gemacht, daß die Polizei sich über die Bestimmungen des Gesetzes hinwegsetzt und einfach gewerkschaftliche Versammlungen als politische bezeichnet. Alle Gewerbe-Inspektoren, die praktische Erfahrungen hinter sich haben, rühmen die Führung der Disziplin, der Moral, der Sittlichkeit, durch die Gewerkschaften, sowie die Aufklärungsarbeit innerhalb der gewerkschaftlichen Organisationen, durch die die Arbeiter in besonders hervorragendem Maße fähig gemacht werden, sich mit öffentlichen Angelegenheiten zu beschäftigen. Die gewerkschaftlichen Organisationen haben die Notwendigkeit erkannt, die Jugendlichen zu erziehen, aber diese Möglichkeit schaffen Sie aus der Welt, wenn Sie den Jugendlichen das Versammlungsrecht nehmen.“

Nachdem der nationalliberale Abgeordnete v. B. e. r. l. i. n. g. und der freisinnige Dr. M. u. g. a. n. a. n. in ihrer „Ansicht“, daß gewerkschaftliche Vereine und Versammlungen vom § 10 a „nicht betroffen“ werden, Ausdruck gaben, wurde derselbe angenommen. Mit der Minorität stimmten dagegen die freisinnigen Abgeordneten D. o. h. r. n., P. o. t. t. h. o. f. f. und Dr. K. e. u. m. a. n. n. -S. p. o. r. z. Zu den §§ 11 und 12, welche Strafbestimmungen enthalten, hatten die Sozialdemokraten eine Vermutung zum Schutze der Staatsbürger gegen Verge- waltigung ihres Vereins- und Versammlungsrechts beantragt:

„Beamte, Beauftragte und Abgeordnete der Polizeibehörde, die Personen, welche an Versammlungen oder Vereinen teilnehmen oder die Räume dafür herangezogen haben, aus diesem Grunde gewerkschaftliche Konzeptionen, z. B. die Schamelerlaubnis, die Ausübung der Polizeistunde, die Erlaubnis zur Abhaltung von Luftfahrten oder ähnlichen vorzuenthalten, bedrängen oder entziehen oder ihren Arbeitgebern oder anderen Personen, von denen sie tatsächlich oder rechtlich abhängig sind, Mitteilung davon machen oder ihnen sonstige Nachteile irgend welcher Art zufügen, desgleichen Personen, die zu solchen Handlungen Beihilfe leisten, werden mit Geldstrafe bis zu 300 Mark bestraft, sofern nicht die Strafe des § 339 St.-G.-B. verwirkt ist.“

Natürlich wurde auch dieser Antrag von der Blochmehrheit abgelehnt. So ist denn wieder einmal Staatsbürgerrecht ohne geschlichen Schutzes geblieben.

Der § 12 bestimmt, daß die Vorschriften des Gesetzes auf die durch das Gesetz oder die zuständigen Behörden angeordneten Versammlungen nicht Anwendung finden.

Hierzu beantragte das Zentrum, auch die Versammlungen der mit öffentlich-rechtlichen Aufgaben betrauten Personen hinzuzufügen. Korrekter und weitgehender war der sozialdemokratische Antrag, dem § 12 folgende Fassung zu geben: „Auf die durch das Gesetz oder durch die zuständigen Behörden angeordneten Versammlungen, auf die Zusammenkünfte und Vorberatungen anderer Personen, denen öffentlich-rechtliche Aufgaben übertragen sind, z. B. Vorstände und Delegierte von Krankenkassen, eingeschriebenen Hilfskassen, Beiräte der Säuglingsgerichte bei der Alters- und Invaliditäts- und Unfallversicherung, Gewerbegehilfen u. a., auch wenn dritte Personen hinzugezogen werden, finden die Bestimmungen der §§ 3 bis 10 keine Anwendung.“

Zur Begründung dieses Antrages führte der Abgeordnete Sieberts aus: „Nicht nur die durch Gesetz und die zuständigen Behörden angeordneten Versammlungen wollen wir ausgenommen haben von den Beschränkungen, die durch das Gesetz vorgeschrieben sind, sondern auch die Vorberatungen der Mitglieder solcher Versammlungen. Man hat in der Kommission das für unnötig erklärt, da es selbstverständlich sei. Aber der Begriff der öffentlichen Versammlung ist in diesem Gesetz so wenig definiert, daß die Polizei eine weitläufige Willkür hat. Es soll hier Reichsrecht werden, was jetzt in Preußen Reichens ist, und die schärfste Auslegung des Begriffs der öffentlichen Versammlung in Preußen mahnt zur Vorsicht. Deshalb haben wir unseren Antrag gestellt. Auch die Zuziehung dritter Personen zu einer solchen Zusammenkunft soll diese nach unserem Antrag nicht zu einer öffentlichen machen.“

Unter Ablehnung aller Abänderungsvorschläge wurde der § 12 und sodann der Rest des Entwurfs nach kurzer Debatte angenommen. Einem zur Annahme gelangten Antrage der Nationalliberalen gemäß tritt das Gesetz am 15. Mai d. J. in Kraft. Die Blockparteien hoffen von

* Konvertierung: Umwandlung einer Schuld in eine andere mit geringerem Zinsfuß.

ihm in dem jetzt entbrennenden preussischen Wahlkampf noch zu profitieren.

Am 7. April fand die zweite Beratung des Vorschlags statt und Tags darauf die dritte Beratung des Vereinsgesetzes. Bei letzterer unterzog zunächst der Zentrumsabgeordnete Gröber den Entwurf und das Verhalten der Sozialdemokraten, besonders der Freisinnigen, einer scharfen Kritik. Er sagte u. a.: „Als das Vereinsgesetz eingebracht wurde, legte man große Hoffnungen darauf für die freiwirtschaftliche Ausgestaltung und Entwicklung des Vereins- und Versammlungsrechts in Deutschland. Die Vorlage bringt aber Verschlechterungen sogar gegenüber dem rüchständigen Vereinsrecht in einzelnen Bundesstaaten. Daß die Freisinnigen trotzdem dem Gesetz zustimmen, zeigt, daß das Zentrum freisinniger ist als die Freisinnigen. Daß die Freisinnigen die Gefährlichkeit des Sprachenparagrafen für alle gewerkschaftlichen Vereinigungen selbst erkennen, beweist der von ihnen im preussischen Abgeordnetenhaus eingebrachte Antrag; hier im Reichstage bewilligen sie ein Ausnahmegesetz gegen die gewerkschaftlichen Verbände der Arbeiter und rufen dann die Hilfe der preussischen Regierung dagegen an.“

Der sozialdemokratische Abgeordnete Heine stellte nochmals den reaktionären Charakter des Entwurfs sehr eingehend fest. Seine Ausführungen entnehmen wir das Folgende: „Der § 10a ist ein unerhörter Rückschritt. Gerade die Arbeiterjugend bedarf für die Zeit zwischen dem Schulabgang und dem Eintritt ins Militär weiterer Bildung. Ich denke gar nicht an die politische Bildung. Die kommt von allein. Ich meine die ganz einfache allgemeine Bildung, der Unterricht über das, was im Staate, in der Natur, in der Wissenschaft vorgeht. Wenn der junge Arbeiter vom Militär kommt, pflegt er meistens bald zu heiraten, und er hat dann nicht mehr die Zeit, sich um solche Dinge zu kümmern. Die Sorge um seine Familie lastet schwer auf ihm. Und noch mehr Wert als auf die intellektuelle Bildung legt sich auf die körperliche Ausbildung. Wir finden ihn glücklich soweit gekommen, daß bei uns die Arbeiterklasse anfängt, in Turn- und Sportvereinen die körperliche Ausbildung zu pflegen. Es gibt kein besseres Mittel, die Jugend in diesen Sachen vor Dingen zu bewahren, vor denen jeder tüchtige Mensch sie bewahren möchte, als die Beschäftigung mit dem Sport. Ich habe wiederholt darauf hingewiesen, daß das Verbot der Jugendbuden, an Vereinen und Versammlungen teilzunehmen, den Ruin unserer Arbeiter-Turnvereine bilden würde. Man wird einwenden, das seien keine politischen Vereine. Nun, ich weiß aus meiner Praxis, daß in Preußen und Sachsen die Turnvereine der Arbeiterklasse regelmäßig als politische Vereine gelten. Das neue Gesetz öffnet der Militär- und der Arbeiter-Turnvereine unerträglichen Zustand. Es gibt der Verbote die Möglichkeit, dieser oder jener Partei, dieser oder jener Gesellschaftsrichtung das Vereins- und Versammlungsrecht aufzuerheben zu verweigern. Das ist die Grenze, bis zu welcher ein liberaler Mann keine Konzessionen machen dürfte. Der Liberalismus dürfte ein Verbot oder weniger von Vereinen ertragen, aber er dürfte nicht die Militärvereine ausschließen. Nun verdrängt der Staatssekretär eine lokale Handhabung. Das Verbot genügt uns nicht, denn der Staatssekretär handhabt das Verbot, sondern die Regierungen der Bundesstaaten. Wenn das ist, so hat seine Willkür keine Grenzen, aber er müßte hinzufügen, daß ihm alle Machtmittel fehlen, auf die Regierungen der Bundesstaaten einzurufen. Er ist nicht preussischer Minister des Innern. Die Freisinnigen scheinen schon Furcht vor den Folgen zu bekommen und haben den bekannten Antrag im preussischen Abgeordnetenhaus eingebracht. Dieser Antrag besagt, was wir gesagt haben. Während der § 7 die Gewerkschaften nicht, dann braucht man diesen Antrag nicht. Der Freisinn ist reaktionär dort, wo er die Macht hat, und er gerät bei sich freisinnig, wo er nichts ausrichten kann.“

Weitere Ausführungen zu der Frage der Behandlung der gewerkschaftlichen Vereine und Versammlungen machten die sozialdemokratischen Abgeordneten Severing, Legien und Ledebour. Sie bemängelten die vom Reichssekretär abgegebenen Erklärungen als ungenügend und unzuverlässig. Ledebour sagte unter anderem: „Ich entnehme aus den Erklärungen des Staatssekretärs, daß die freien Gewerkschaften und die Gewerkschaften der Polen unter den § 7 gestellt werden sollen. Herr v. Bethmann-Hollweg, der nach dem, was wir in der letzten Zeit von ihm gehört haben, wohl ein Diplomat, aber kein Staatsmann zu sein scheint, hat die Verbote der unlästern und ungenannten Verantwortung klarer Fragen gewährt, damit er später, wenn er gefragt wird, antworten kann, daß er niemals sich für Befreiung der freien Gewerkschaften von den Fesseln des § 7 ausgesprochen hat. Wie unerhört die gewerkschaftliche Bewegung drangaliert wird, mag ein Brief vom 11. Februar aus Bismarck beweisen, in dem dem Abgeordneten Legien mitgeteilt wird, daß sich in Necklinghausen ausländische Bergarbeiter, die sich abmeldeten, auf dem Rathaus melden mußten, wo ihnen eröffnet wurde, sie müßten binnen 24 Stunden Deutschland verlassen oder aus dem sozialdemokratischen Arbeiterverband austreten. So sieht die Wirklichkeit aus, das ist das Wahre, das Herr v. Bethmann-Hollweg für die Gewerkschaftsbewegung zu haben hier vorgibt.“

In der zweiten Beratung hatte der sozialdemokratische Abgeordnete Gröber die durch die Presse gegangene Mitteilung zur Sprache gebracht, worauf der Reichskanzler einem Deputierten des christlich-nationalen Arbeiterkongresses geantwortet hat, der § 7 sei auf Wunsch der rheinisch-westfälischen Industriellen in den Entwurf gebracht worden. Ein Mitglied dieser Deputation, der Abgeordnete Vehrens, hatte das in einer von ihm veröffentlichten Erklärung bestritten; er wiederholte diese Erklärung jetzt im Reichstage. Und nun erklärte Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg im Namen des Reichskanzlers, daß er zu den Mitgliedern der Deputation geäußert hat, der § 7 entspreche der von ihm stets befolgten Ostmarkenpolitik und werde seines Willens auch von großen Parteien gewünscht. Eine Einwirkung industrieller Kreise auf den Reichskanzler, aber habe weder direkt noch indirekt stattgefunden.

Das ist ein merkwürdiges offizielles Dementi. Als ob die großen Parteien, die den § 7 gebilligt haben, nicht industrieller Kreise in sich schließen!

Den Abgeordneten Gröber, der beabsichtigte, die Sache richtig zu stellen, wurde durch Annahme eines blockparteilichen Schlusstrittes das Wort abgeschnitten.

Winnen kann sechs Stunden wurde der Entwurf in dritter Beratung von den Sozialdemokraten durchgepeitscht. In namentlicher Abstimmung wurde er mit 197 gegen 168 Stimmen bei 5 Stimmenthalten angenommen. Die Verfindung des Entwurfs wurde von der Mehrheit mit lebhaftem Bravo, von der Minderheit mit ebenso lebhaften Pfiffrufen aufgenommen.

Dann wurde in aller Eile noch die dritte Beratung des Vorschlags erledigt. Auch dieses Gesetz fand Annahme mit 203 gegen 168 Stimmen. Hierauf verlagte sich das Haus bis zum 28. April.

An die Sozialdemokratie in Preußen richtet das Zentralwahlkomitee für die Landtagswahlen (Parteiorgan) einen Aufruf, sich entsprechend den Parteibeschlüssen mit allen Kräften an den Landtagswahlen zu beteiligen. Die Wahlen finden am 3. Juni, die Abgeordnetenwahlen am 16. Juni statt. In dem Aufruf heißt es:

„Trotz der öffentlichen Stimmabgabe den wirtschaftlich und politisch Abhängigen die offene Belundung ihrer Meinung bei der Wahl erschwert, müssen alle Parteigenossen ihre ganze Kraft für den Wahlkampf einbringen, um ein möglichst glänzendes Resultat zunächst bei den Wahlmannswahlen zu erzielen.“

Die Partei hat in erster Linie durch möglichst starke Wahlbeteiligung Protest zu erheben gegen ein Wahlsystem, das eine Schande für einen Staat ist, der ein Kulturstaat sein will. Jede Stimme mehr, die für uns abgegeben wird, steigert die Macht des Protests!

Aber nicht allein Protest gilt es zu erheben. So ungünstig auch die Kampfbedingungen für uns sind, so muß es uns doch bei äußerster Einigung aller Kräfte gelingen, endlich dem preussischen Protektorat die Tore des Landtages zu öffnen! Zugleich soll dieser Kampf aller Welt die schmachvolle Ungerechtigkeit zeigen, die sie pft. der Wähler in die dritte Klasse schleudert und sie zu Gunsten der 16 pft. Wähler der beiden ersten Klassen entzieht.

Ein blutiger Kampf um die Gleichheit der staatsbürgerlichen Rechte ist nicht möglich. Dem Volke muß die Verwirklichung dieses Gleichheitsrechts zum Bewußtsein gebracht werden, um seine Erbitterung und Empörung gegen das bestehende Wahlrecht zu entfachen. Es muß ein Schrei aus dem Volke kommen, das mehr als vier Fünftel der Wähler zu politischen Sklaven degradiert.

Es handelt sich für die große Masse des Volkes und insbesondere für die preussische Arbeiterklasse um die Eroberung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle über 20 Jahre alten Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts auf Grund der Verhältnisse.

Gründliche Vorbereitung im Sinne derer Wahlkampf ist die Forderung, der in erster Linie der jetztige Wahlkampf zu gelten hat.

Die Arbeiterklasse ist an der Eroberung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts, um so stärker interessiert, da die Aufgaben, mit denen der Landtag sich zu beschäftigen hat, ihre wichtigsten Lebensinteressen betreffen.

Zu diesen Aufgaben gehören unter anderem: die Steuererhebung für Staat und Gemeinde; die Regelung des gesamten Erziehungs- und Schulwesens von der Volksschule bis zu den Hochschulen; die Stellung der Schule zu Staat und Kirche; das Polizei- und Justizwesen; das große Gebiet der Agrarverfassung; das gesamte Verkehrs- und Eisenbahnen-, Flugregulierung, Kanalbau, Wasserbau; das Armen- und Waisenwesen; das Gesundheitswesen; die Gemeindeverfassung; die Kontrolle über die gesamte Staatsverwaltung und die Lohn-, Gehalts- und Arbeitsbedingungen der vielen Hunderttausende von Beamten und Arbeitern in den Staatsbetrieben, Eisenbahnen, Werken, Salinen, Wald- und Wasserwirtschaft, Straßenbau usw.

Die Kontrolle und die Kritik auf allen diesen Gebieten, die Tätigkeit für Beseitigung vorhandener Mängel und Missetätigkeiten, die Arbeit für Verbesserung der Zustände, die selbstverständlich nur im Sinne des sozialdemokratischen Programms zu sein ist, eröffnet der Tätigkeit sozialdemokratischer Abgeordneter ein weites Feld.

Parteiorganen! Es ist eine Riesenaufgabe, die vor uns gestellt haben. Aber eine Partei, die als letztes Ziel die Umgestaltung der ganzen Staats- und Gesellschaftsordnung auf der Grundlage der Demokratie und des Sozialismus erstrebt, darf keine Arbeit zu schwer, keine Aufgabe unlösbar finden. Der Wahlkampf muß auch dazu dienen, unsere Ideen in den Massen zu propagieren, für unsere Parteiorgane neue Leser, für unsere Parteiorganisationen neue Mitglieder zu gewinnen. Hierzu müssen wir den Wahlkampf gründlich ausnützen!

Schließlich ergeht an die Partei — auch außerhalb Preußens — die Aufforderung, unverzüglich mit Geldsammlungen zu beginnen.

Wäge der Aufzucht besten Erfolgs haben!

Die Handwerkskammer an der Arbeit. Die Reichstagskommission für Einführung des kleinen Beschäftigungsnachweises hat in ihrer letzten Sitzung eine große, reformatorische Leistung vollbracht. Es handelte sich um die Frage, ob zur Führung des Titels Gesele nur derjenige berechtigt sein solle, der die Geseleprüfung bestanden hat. Von sozialdemokratischer Seite wurde darauf hingewiesen, daß der Titel Gesele von niemand verlangt werde, und daß er keine weitere Bedeutung habe, als daß er nur schwachen Naturen das beliebige Bewußtsein gebe, daß sie mehr seien als ohne Titel. Gänzlich unbillig sei es, auf die unbecräftigte Führung des Titels eine Strafe zu setzen, weil ja niemand einen Schaden habe, wenn sich jemand Gesele nenne, der die Prüfung nicht gemacht habe. Auch die Regierungsvertreter wandten sich gegen die hierauf bezüglichen Anträge. Von freisinniger Seite wurde noch darauf hingewiesen, daß durch die Unterzeichnung zwischen Gesele, welche sich der Geseleprüfung unterzogen, und solchen, die das nicht hätten, ein neuer Begriff geschaffen würde, was sich bei staatlichen Feststellungen usw. sehr hemmend bemerkbar machen würde.

Aber diese triftigen Einwendungen gegen den Gesele-Titelung wurden nicht. Der alte schone Vlod, Zentrum, Konfession und Nationalliberal, nahm folgenden Antrag Trimbors-Watfowig an:

„Der § 1810 der Gewerbeordnung erhält in seinem Absatz 1 folgende Fassung: Der Lehrling soll sich nach Ablauf der Lehrzeit der Geseleprüfung unterziehen. Die Annahme und der Lehrling sollen ihn hierzu anhalten. Nur derjenige, welcher die Prüfung bestanden hat, darf den Gesele- oder Gesellenstitel in Verbindung mit der Bezeichnung eines Handwerks führen.“

Dazu kam noch die Annahme eines Antrages Gröber: „In übrigen Fällen, soweit nicht anderweitige Bestimmungen getroffen sind, die für Gesele und Gesellen erlassenen Vorschriften, auch auf diejenigen Anwendung, die den Gesele- oder Gesellenstitel in Verbindung mit der Bezeichnung eines Handwerks zu führen nicht berechtigt sind.“

Weiter wurde beschlossen, in § 148 eine Bestimmung einzufügen, daß derjenige, bis zu M. 150 und im Unvermögensfalle bis zu vier Wochen Haft bestraft wird, der sich unbetugterweise den Titel Gesele oder Geselle beilegt. Ein Antrag Gröber, wonach der Geseleprüfungsschein im Falle ungenügender Leistung des Prüflings bestimmen kann, daß der Lehrling bis zu einem Jahre nachprüfen muß, wurde zurückgezogen, nachdem der Antragsteller nachgegeben worden war, daß nach Ablegung der obligatorischen Geseleprüfung die Bestimmung völlig in der Luft hänge. Die erdrückende Mehrheit der Handwerkskammer ist auf gesetzliche Anerkennung des Gesele-Titels wie auf den ganzen staatlichen Grundbau übergegangen. Solch eine Titelprivilegierung kann nur Arken imponieren.

Weitere gezielte Regelung der Lohnzahlung. Die Gewerbeordnungskommission des Reichstags erörterte in ihrer letzten Sitzung einige Fragen von hoher Bedeutung für die Arbeiter. Am 115. Abs. 1 der Gewerbeordnung ist die Auszahlung des Lohnes angeordnet und das Traktat mit Strafe bedroht. Die Zentrumsparcei beantragte, diese Bestimmung, auch ausdrücklich auf die Lohnverhältnisse auszuweiten. Zwar versicherte sich dies eigentlich von selbst, indessen mußte man der hier und da entgegenstehenden Auffassung eines Mitglieds vorziehen. Ein Vertreter der Sozialdemokratie wies darauf hin, daß die Bestimmung in diesem Punkte sehr schwach und unsicher sei. So werde bier und da von Gerichten der Vorbehalt als Darlehen bezeichnet. Der Antrag wurde angenommen. Um dem tatsächlichen Vorliegen und der Unsicherheit in der Lohnzahlungsmethoden zu begegnen, beantragten die sozialdemokratischen Vertreter, in § 115 oder an einer anderen Stelle eine mit feiner Strafbestimmung verbundene Bestimmung einzufügen, dahingehend: „Die Lohnzahlung bei Zeitlohn oder Abschlagszahlung bei Akkordlohn hat alsbald vollständig zu erfolgen.“

Zur Begründung dieses Antrages wurde hingewiesen auf die drückende und abhängige Lage, in welcher lange Lohnzahlungsmethoden die Arbeiter bringen. Die Regierung meinte, es sei ausreichend, daß in § 119a die Gemeinden die Ermächtigung haben, zu bestimmen, daß in Wochenendterminen der Lohn zu zahlen sei. Man solle in die Freiheit des Arbeitsvertrages nicht eingreifen. Die Konfessionen und Nationalliberalen erhoben ähnliche Bedenken. Die Vertreter des Zentrums beantragten folgende Fassung:

„Arbeitslohn und Gehalt ist, wenn die Kündigungsfrist vierzehntägig oder kürzer ist, spätestens wöchentlich, wenn sie länger ist, spätestens monatlich zu zahlen. Soweit bei Arbeitsverträgen eine Verrechnung nicht für diese Zeitabstände erfolgt, ist für den Akkordarbeiter an den bezeichneten Terminen ein der verwendete Zeit entsprechender Lohnbetrag zu zahlen.“

Entgegenstehende Vereinbarungen sind nichtig.“

Dieser Antrag wurde schließlich nach Ablehnung des sozialdemokratischen angenommen.

Hausbesitzer und Wohnungshygiene. Unsere Leser wissen, daß der Grund- und Bodenbesitzer sowohl Mietshäuser, besonders in den Großstädten, wahrhaft schauerhafte Wohnungsverhältnisse für die Massen des arbeitenden Volkes geschaffen hat. In Berlin haben nun schon einige Jahre hindurch einige Antragssteller sich der dantesken werten Aufgabe unterzogen, durch sorgfältige Ermittlungen feststellen zu lassen, in was für Wohnungen die ersten Klassen der Bevölkerung wohnen, um den Einfluß der Wohnungsverhältnisse auf die Entscheidung und den Verlauf der Krankheiten nachzuweisen. So hat u. a. die Berliner Diszidenzkommission der Kaufleute usw. seit einer Reihe von Jahren solche Ermittlungen angestellt und die Resultate in sehr lehrreichen Publikationen einem weiteren Kreise zugänglich gemacht.

Darüber sind die Hausbesitzer in hellem Zorn, sogenannte „stirliche Ermittlung“, geraten. Sie haben schon vor zwei Jahren und dann wieder auf ihrem letzten Verbandstag geplant, jene Wohnungsnachrichten unumgänglich zu machen. Auf dem Verbandstag wurden in dem Jahresbericht, den der Verbandsschreiber Dr. Bach vorlegte, auch die dagegen unternehmenden Schritte des Proben, „Grundbesitzer“, Organ des Bundes der Berliner Grundbesitzervereine, teilt dem

Hauptinhalt des Berichtes mit. Gegen die Ortskrankenkasse der Kaufleute u. s. w. hatte der Landesverband der Haus- und Grundbesitzervereine die der Stelle zunächst dargelegte Behörde mobil zu machen gesucht, das ist die Gewerbe- und Handelskammer der Provinz Brandenburg. Von der Gewerbe- und Handelskammer forderte der Landesverband, sie solle der Ortskrankenkasse die Verwendung von Kassemitteln für ihre Wohnungsgenossen in bezugnehmender Weise für die Veröffentlichungen unterlassen. Es sei, so meinten die Hausbesitzer, nicht Sache der Ortskrankenkasse, sich mit derartigen Erhebungen zu belassen. In dem Bericht wird ausgeführt, daß bei Aufgabe einer gut organisierten Wohnungsaufsicht, gegen die auch der Hausbesitzer nichts einzuwenden habe.

Das ist Humbug. Die Hausbesitzer wollen keinerlei Wohnungsaufsicht. Die Berliner Gewerbe- und Handelskammer ließ sich auf diese Aufforderung nicht einlassen. Sie lehnte es ab, gegen die Kassemittel einzuschreiten. Der Landesverband der Hausbesitzer hat sich hiermit nicht zufrieden, sondern richtete gegen diese Weisung eine Beschwerde an den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg. Aber auch der mußte es ablehnen, dem Vorstand der Krankenkasse die Kritik der Berliner Wohnungsgenossen zu unterlegen. Darauf hat dann der Verband vorzugehen. Er hat sich bei dem Handelsminister versucht, und er hofft, daß diese Forderung die Berliner Hausbesitzer so unangenehm kritisiert mündet machen werde.

Wir trauen auch dem preussischen Handelsminister nicht zu, daß er dem frivolen Verlangen der Hausbesitzer entspricht. Diese Herren werden weiter beunruhigt durch zwei Verordnungen, die den Gehalt der Gewerbesteuer von Arbeitern betreffen. Auch die Wiedereinstellungsverordnung und die Gewerbeverordnungen wurde auf dem Verbandstag referiert von einem Mitglied der Kommission. Sie sei, so führte er aus, für die Hausbesitzer von einschneidender Bedeutung, ähnlich wie die Wiedereinstellungsverordnung. Durch beide könne, wenn sie in voller Schärfe durchgeführt würden, das Vermögen und die Existenz der betroffenen Hausbesitzer vernichtet werden. Die Wiedereinstellungsverordnung ist durch einen Bundesratsbeschluss veranlaßt worden und ist schon in mehreren Provinzen in Kraft getreten; in Berlin aber sind die Hausbesitzer bisher noch damit verschont worden. Die Gewerbeverordnung ist vom Bundesrat beschlossen worden nach einer Verfügung des Handelsministers, die auf die Gewerbeverordnung zurückgeht. Nach der Gewerbeverordnung müssen die Unternehmer ihre Arbeitsräume wahren u. s. w. so einrichten, daß der Betrieb so regeln, daß die Arbeiter gegen Gefahren für Gesundheit und Leben geschützt sind. Hierzu gehört auch die Sorge für genügendes Licht und frische Luft. Im den Gewerbeverordnungen ist die Beschaffung von Licht und Luft zu sichern, und in der Gewerbeverordnung Bestimmungen getroffen worden, durch die die Weiterbenutzung der älteren, in Kellern befindlichen Feuerwerke verboten wird. Herr Hering führte bezu. u. m. g. l. gemacht wird. Herr Hering führte in seinem Referat aus, daß wahrscheinlich in den meisten Häusern, die noch nach den älteren Verordnungen der 1897 errichtet worden sind, die Keller niedriger sind und zum Teil auch tiefer unter dem Straßenniveau liegen als die Feuerwerkeverordnungen es für die Feuerwerkeverordnungen zulaßt. Hierdurch würden die meisten dieser Verhältnisse nicht weiterverändert werden können; das sei eine unerbittliche Härte gegen die Hausbesitzer. Der Vorstand der Berliner Hausbesitzervereine hat sich bereits mit einer Petition an den Reichspräsidenten gewandt; aber das Verbotnis für ihre Klagen, das dieser betraf hat, genügt ihnen noch nicht. Er hat nur zugelegt, daß für die älteren Feuerwerke Verordnungen von den Vorschriften noch an längerer Zeit, etwa auf 20 Jahre, gestrichelt werden sollen. Der Vorstand hat sich mit einer weiteren Eingabe an den Minister gewandt, wartet aber noch auf Antwort. Der Verbandstag nahm eine Resolution an, durch die gefordert wird, daß neue Vorschriften über bauliche Beschaffenheit gewerblicher Räume nicht rückwirkende Strafen gegenüber schon bestehenden Einrichtungen haben dürfen, oder daß — Entschädigung gewährt werden muß.

Die gemeingefährliche Unvorsichtigkeit der Hausbesitzer scheint wirklich keine Grenzen. Aber die Verordnungen bilden ein „ordnungspolitisches“, „patriotisches“ Element.

Baufortkontrolleure aus der Arbeiterkassette. Mit einer diese „Frage“ behandelnden Petition hat sich die Petitionskommission des Reichstages zu beschäftigen gehabt. Gemeint ist im Reichstages die berechtigte Forderung der baugewerblichen Arbeiterkassette, sie durch Vertreter an der Baufortkontrolle zu beteiligen, schon öfter zur Sprache gekommen und von der sozialdemokratischen Fraktion sehr energisch vertreten worden. Die Baugewerkschaften und Gewerkschaften aber richteten auf ihrem 21. Verbandstag eine Resolution an den Reichstag, die unter geschäftlichen Umständen auf die Arbeiterkassette gegen diese Forderung sich ausdrückt. Den Baufortkontrolleuren aus dem Arbeiterstande wird in beleidigender Weise „Befähigung“, „Unfähigkeit im Amt“, „Unkenntnis ihrer Aufgaben“ usw. zum Vorwurf gemacht. Aus diesem Anlaß hat die Bauarbeiterkommission München sich mit einer Eingabe an den Reichstag gewandt, welche einen Protest gegen die Ausführungen jener Unternehmer-Störerschaft begründet. Es heißt da, daß, gemäß auf die Erfahrungen, die seit sechs Jahren in München mit der Beteiligung von Arbeitern an der Baufortkontrolle gemacht worden sind, die maßgebenden Stellen sich stets in günstigem Sinne über diese Einrichtung ausgesprochen haben. So Graf Posadowski des öfteren im Reichstages. Er erklärte, daß er im Sinne der von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Resolution wirken wolle.

Der bayerische Minister Graf Feilitzsch erklärte am 31. Mai 1904 im Petitionsausschuß, in dem diese Eingabe behandelt wurde, die bayerische Regierung habe über die in Bayern angeordneten 46 Baufortkontrolleure eingehende Erhebungen eingezogen und über das Institut und seine Erfolge nur Gutes gehört. Es seien die in der Petition aufgeführten Behauptungen von keiner Seite bestätigt worden. Die Regierung sei nicht willens, dieses Institut abzuschießen, im Gegenteil bestrebt, dasselbe nach Kräften auszubauen. Der Vertreter der bayerischen Bauwerks-Verunglückten, Oberbaurat F. v. d. Hagen, äußerte sich, das Ministerium habe den Versuch gemacht, den baulichen, technisch gebildeten Baufortkontrolleuren Gehälter zu belegen, die sich aus tüchtigen Arbeitern rekrutieren.

Diese Gehälter mußten aus dem Arbeiterstand ausgehen und gewissermaßen Beate werden. Nach den bisherigen Erfahrungen könne man mit dieser Einrichtung zufrieden sein. Es habe sich in keiner Weise gezeigt, daß dadurch eine sozialdemokratische Propaganda in die Hände gearbeitet wurde.

Die Petition weist ferner darauf hin, daß die Kontrolle durch diese Baufortkontrolleure weit intensiver und dadurch wirksamer ist als durch andere Kontrollorgane, wie ein Vergleich ergeben dürfte. Die zehn städtischen Baufortkontrolleure aus dem Arbeiterstande hatten im Jahre 1905 an 2980 Arbeitsstätten 3002 Mängel-33 256; d. i. jeden Bau zirka einmal kontrolliert. Die neun technischen Aufsichtsberechnen der bayerischen Baugewerkschaften hatten in derselben Zeit von 2656 Arbeitsstätten an 2183 Tagen Bauarbeiten zu verrichten, so daß nur 478 Tage für Betriebskontrollen übrig blieben. (Bei der vielfachen Veränderung der Baugestaltung ist dies natürlich ungenügend.) Es kommt hinzu, daß diese Zeit nicht lediglich die Kontrolle der Bauten betraf, sondern auch für alle jene Betriebe (18 634) verwendet wurde, die z. B. der bayerischen Baugewerkschaften-Verunglückten unterstellt sind. Es wurden nach dem Bericht dieser Bauten 57 p. H. der der bayerischen Baugewerkschaften-Verunglückten unterstellten Betriebe revidiert.

Hieraus ergibt sich überzeugend, daß die Tätigkeit der Baufortkontrolleure aus dem Arbeiterstand durchaus objektiv und ersprießlich ist. Die Bauarbeiterkommission erwidert daher, der Reichstag wolle der vorgebrachten Bitte, betreffend gesetzliche Regelung der Beteiligung der Arbeiter an der Kontrolle, seine Zustimmung nicht verweigern.

Die Petitionskommission des Reichstages hat über die Verhandlung dieser Eingabe einen Bericht erstattet. Der Bericht führt aus, daß die Gewerbeverordnungen des vorigen Reichstages die Frage eingehend erörtert und eine Resolution im Sinne der Petitionen der sozialdemokratischen und der christlichen Bauarbeiterorganisationen angenommen habe. Vom Plenum des Reichstages habe in der 123. Sitzung vom 22. November 1906 die Resolution ebenfalls mit großer Mehrheit Annahme gefunden.

Der Reichstag beantragte deshalb, die Petition dem Reichstagsrat zur Kenntnisnahme zu überweisen.

Der Kommissar des Reichstages des Innern, Geheimrat Ober-Regierungsrat Dr. Sprenger, gab folgende Erklärung ab:

Die vorliegende Petition schließt sich in ihrem Antrag an eine vom Reichstag am 10. Dezember 1906 angenommene Resolution an. Diese ging dahin, in einem einheitlich bald vorzulegenden Gesetzentwurf zur Wiedereinstellung der Gewerbeverordnungen solle vorgezeichnet werden, daß besondere Beamtene für die Baufortkontrolle (S. 139 b) in genügender Zahl angestellt und gewählte Vertreter der Arbeiter bei der Kontrolle zugezogen werden.

Der Reichstag hat in der Sitzung vom 18. Juni 1907 beschlossen, dieser Resolution keine Folge zu geben. Demnach dürfte kaum Aussicht sein, daß der Reichstag dem Votum der Bauarbeiterkommission jetzt zustimmt.

Der Kommissionsbericht führt dann fort: „Verschiedene Kommissionsmitglieder bedauern diesen Bescheid und gehen daher auf die Zweckmäßigkeit der Baufortkontrolle ein. Ein nationaler Rat der Abgeordneten aus Bayern tritt ebenfalls warm für die aus dem Arbeiterstand hervorgehenden Baufortkontrolleure ein. Man sei in Bayern bereit, diesen Baufortkontrolleuren die nötige Unterstützung zu leisten, daß diese Kontrolleure nach der vorliegenden Resolution der Beamtene und Gehältern der Baufortkontrolle zugeordnet werden können.“

Die preussische Regierung und die Minorität des Reichstages haben sich ferner daran gehalten, daß die Kontrolleure von den Arbeitern selbst gewählt werden sollten, und habe man bestritten, daß sie dann Agitatoren der Sozialdemokratie würden. Aber der Widerspruch einer Sache habe doch den richtigen Gebrauch nicht auf. Es scheint daher in der Petition ein Widerspruch zu liegen, da nichts von der Wahl der Baufortkontrolleure durch Arbeiter darin steht, dies aber in den Reichstagsverhandlungen hauptsächlich der Seite des Anstosses gewesen sei, was der Herr Regierungsrat bestritt. Die Vertreter Preussens, Hessens und Badens seien gegen das Wählen seitens der Arbeiter zu veranlassen.

Auch aus der weiteren Diskussion ging hervor, daß die Meinung auf die Einstellung der Baufortkontrolleure mehr Wert legten, als auf die Wahl seitens der Arbeiter, da dies wahrscheinlich den absehbaren Weisheit des Reichstages veranlaßt habe. Es wurde daher beantragt, die Eingabe der Bauarbeiterkommission dem Herrn Reichstagsrat zur Berücksichtigung zu überweisen.

Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Wir bemerken dazu, daß die sozialdemokratischen Mitglieder der Kommission auch bei dieser Gelegenheit sich für die Wahl seitens der Arbeiter ausgesprochen haben. Es ist dabei natürlich die Mitwirkung der beruflichen Arbeiterorganisation ins Auge gefaßt.

Maurerbeziehung.

Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht. Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansastädte:

Travemünde (Sperre über Schramm), Lübeck (Sperre über Görner & Heidenreich);

Schleswig-Holstein:

Kellinghusen, Wrist, Wulfsmoor (Streik), Apenrade (Sperre über Callesen), Wedel (Sperre über Hatje), Husum (Sperre über Petersen), Itzehoe (Sperre über die Alsenische Zementfabrik in Lägerdorf), Tondern (Aussperrung), Insel Fohrman (Aussperrung), Rendsburg (Sperren über das Rader Kokswerk, das Stahl- und Walzwerk und die Karlsruhte), St. Michaelisdonn (Sperre über Schüssler);

Mecklenburg:

Güstrow (Sperre über Thielke);

Brandenburg:

Berlin (Differenzen und Sperre über das Betonbaugesellschaft von Sollwedel), Gaben (Aussperrung), Saarmund (Sperre über den Unternehmer Ahland aus Philipsthal), Caputh (Aussperrung), Senftenberg und Umgegend (Aussperrung), Wittstock a. d. D. (Sperre über den Unternehmer Piork);

Pommern:

Pyritz (Differenzen), Köslin (Sperre über Schüttner), Jarmen (Sperre über Brand & Heidschmidt), Hammerstein (Sperre über Karge), Sallgast (Aussperrung);

Ost- und Westpreußen:

Sensburg (Sperre über Reese), Mewe (Sperre über Schulz), Graudenz (Sperre über Karlguth);

Posen — Schlesien:

Görlitz (Sperre über Pötschke in Horka), Muskau (Sperre über Stältnagel), Brieg (Sperre über das Baugesellschaft Winkler);

König. Sachsen:

Leipzig (es sind gesperrt: Marien & Kunze, Hofbauteil, Berndt & Söhne, Berlinerstrasse, L. Gohlis H. Kögel und R. Thiele, Landsbergerstrasse, in L. Leutzsch Eisengießerei E. Becker & Co., in L. Möckern K. Edlich, Hühnerbeinerstrasse, und M. Steyskal, Sohrstrasse), Chemnitz (Sperre über den Bau der katholischen Kirche), Zittau (Sperre in Böhmisch Ullersdorf), Sebnitz (Differenzen);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Calbe a. d. Milde (Sperre über Nigetiet & Blank);

Thüringen:

Sonneberg (Sperre über Bauer & Söhne), Zechau (Sperre über die Zuckerraffinerie in Rositz);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lippe:

Norderney, Gronau (Aussperrung), Visselhövede (Streik), Wunstorf (Differenzen), Sachsenhagen b. Hannover (Aussperrung), Milsburg (Sperre über die Zementfabrik „Germania“), Celler Bauarbeiterstreik, Lemgo (Sperre über Maurermeister Fasse);

Westfalen und Rheinland:

St. Johann (Sperre über Ackermann in Merckweller), Geln (Differenzen am Rheinbrückenbau);

Hessen und Waldeck:

Schmalzkalden (Sperre über Peter), Gudensberg (Sperre über Möbus & Köhler), Heppenheim a. d. Bergstrasse (Differenzen);

Bayern:

Selb (Sperre über Jäger & Werner), Wasserburg (Sperre über Nabauer);

Baden-Pfalz:

Kaiserslautern (Streik), Mannheim-Ludwigshafen (Sperre der Isolierer über die Mannheimer Isolierwerke und die Korksteinfabrik);

Elsass-Lothringen:

Mülhausen (Differenzen);

Fliesenleger:

Duisburg (Sperre über Gebr. Bönnig);

Oesterreich:

Karlsbad, Krems, Saaz, Salzburg;

Frankreich:

Paris (Aussperrung).

Cariffverhandlungen.

Aber den Abschluss der Verhandlungen in München ist noch das Folgende nachzutragen:

Montag Vormittag gegen 10 Uhr trat das von beiden Parteien angesehene Einigungsamt zusammen, um eine Einigung über die noch verbliebenen drei Differenzpunkte herbeizuführen resp. einen Schiedsspruch zu fällen. Das Einigungsamt war wie folgt zusammengesetzt: Vorsitzender: Gerichtsrat Dr. Brenner; Beisitzer: Arbeitersekretär Timm, Gewerkschaftsführer Jacobson, Ingenieur Klein und Steinmetzmeister Womann. Als Verhandlungsbevollmächtigte waren erschienen: Silberstein, Sarr, Schäfer und Refagier für die Maurer; Brömmann, Kemmer und Engelbrecht für die Zimmerer; Köpfer, Mädelmann und Dobler für die Bauhilfsarbeiter; Bräuner und Junke für die christlichen Bauhandwerker; Jellmeier, Bergmüller, Reberdy, Meister, Welfin, Gerstenberger und Ripperding für den Unternehmerverband.

Gegen 24 Uhr verständigte Dr. Brenner folgenden einstimmig gefassten Schiedsspruch: 1. Die Durchschnittslöhne der Maurer und Zimmerer werden fest auf 57 S. und am 1. April 1909 auf 59 S. erhöht, die der Bauhilfsarbeiter zu der gleichen Zeit auf 44 und 47 S. (Der Durchschnittslohn darf in keinem Falle um mehr als 2 S. untergeschritten werden.) Die bisherigen Einheitslöhne einer Reihe von Spezialgruppen werden ebenfalls fest und am 1. April 1909 um je 2 S. erhöht. 2. Pasien wird in dem Geltungsbereich des Cariffs einbezogen. 3. Der jeweilige Samstaglohn wird als Sicherheit gegen etwaige Cariffverträge zurückgehalten und gelangt erst in der folgenden Woche zur Auszahlung. 4. Beiden Parteien wird zur Auflage gemacht, schriftliche Erklärungen über Annahme oder Ablehnung dieses Schiedspruchs bis längstens nächsten Mittwoch Mittag 12 Uhr an das Einigungsamt des Gewerbegerichts gelangen zu lassen.

Die Lohnerhöhung für die einzelnen Arbeiterkategorien ist aus folgender Gegenüberstellung ersichtlich:

	1907	1908	1909
	A	A	A
Durchschnittslöhne:			
Maurer.....	55	57	59
Zimmerer.....	53	57	59
Bauhilfsarbeiter.....	41	44	47
Einheitslöhne:			
Rohrmaurer.....	68	70	72
Feuerungsmaurer.....	58	67	69
Gasschneider.....	65	67	69
Kategorie a.....	60	62	64
Kategorie b.....	60	62	64
Maschinenführer.....	57	59	61
Ein- und Ausfuhr.....	52	54	56
Rohrmaurer.....	59	61	63

Beide Parteien haben sich dem Schiedsspruch unterworfen. Der größte Widerstand war bei den Maurern zu überwinden, deren Lohnerhöhung ja nicht gleichen Schritt gehalten hat mit der der Zimmerer und Bauhilfsarbeiter. Daß die Lohnerhöhung für Maurer und Zimmerer befristet und der zweite Lohnabschluß der Hilfsarbeiter verringert werden mußte und noch weiter verringert werden muß, darüber herrschte unter den Arbeitern nur eine Meinung, immerhin hatten sie — wenigstens die Maurer — auf eine größere Lohnsteigerung und auf die Einführung des Einheitslohnes gerechnet. Daß nun auch Bering, wo bisher die neuereinstellende Arbeitszeit bestand, in den Geltungsbereich des neuen Tariffs einbezogen werden soll, machte den Entschluß, dem Schiedsspruch zuzustimmen, noch schwieriger. Nach mancher heftiger Gegenrede wurde schließlich folgende Resolution mit großer Mehrheit angenommen: „Die Versammlung nimmt Kenntnis von dem Schiedsspruch des Einigungsamtes; sie erklärt, daß der Schiedsspruch nicht alle berechtigten Wünsche der Münchener Maurer erfüllt, trotzdem erkennen sie an, daß die Verhandlungskommission und das Schiedsgericht alles versucht, das Mögliche herauszuholen. Unter Berücksichtigung aller in Frage kommenden Umstände erklärt daher die Versammlung, dem Schiedsspruch zuzustimmen und dann mit allen Mitteln der Auffassung die Organisation zu stärken und auszubauen.“

In den Versammlungen der Zimmerer und Bauhilfsarbeiter wurde der Schiedsspruch ohne großen Widerspruch angenommen, und auch der Unternehmerverband hat schließlich eingesehen, daß er mit der Ablehnung des Schiedsspruches keine Seite gewinnen kann.

Nach schwieriger als in München gestalteten sich die Verhandlungen in Offen, die am 6. April wieder aufgenommen wurden. Die Vertreter der rheinisch-westfälischen Unternehmerverbände zeigen sich sehr unangehalten über das in Berlin vereinbarte Vertragsmuster und sie glauben das Recht zu haben, allerlei Bestimmungen zu Ungunsten der Arbeiter einzubringen zu können. Hierbei wollten sie überhaupt nicht verhandeln, bevor nicht die Arbeitervertreter erklären, auf jegliche Lohnerhöhung für beide Vertragsjahre verzichten zu wollen.

Darauf konnten und wollten sich die Arbeitervertreter nicht einlassen, wie sie auch vorher nie den Schein haben aufkommen lassen, als könnte ein zweijähriger Vertrag mit den jetzigen Löhnen zu Stande kommen. Auf der Konferenz in Coblenz haben die Vertreter der Zentralverbände ausdrücklich erklärt, daß entweder für 1909 eine allgemeine Lohnerhöhung festgesetzt werden müsse oder daß der Vertrag nur auf ein Jahr geschlossen werden könne. Und in Berlin ist vereinbart worden, daß zwar als Endtermin der diesmaligen Verträge der 31. März 1910 festgelegt werde, keineswegs hierdurch aber der Frage der Lohnerhöhung Schranken gezogen werden sollen.

Die Unternehmervertreter erklärten nunmehr, die Konjunktur sei inzwischen noch schlechter geworden, so daß eine Lohnerhöhung unmöglich sei; wären sie nicht durch ihre Verpflichtungen gebunden, von einer Lohnreduktion Abstand zu nehmen, so würde diese in diesem Jahre eintreten müssen. Nun müßten die Jahre 1908/09 kompensiert werden.

Dr. Wiedfeldt, der sich die denkbar größte Mühe gab, die Verhandlungen in Fluß zu bringen, und der auch der positiven Behauptung der Unternehmer, die Konjunktur werde im nächsten Jahre ebenso schlecht sein wie augenblicklich, widersprach, machte schließlich den Vermittlungsvorschlag, eine Kommission einzusetzen, die prüfen und eventuell feststellen solle, ob in Ansehung der Konjunktur usw. eine Erhöhung des Lohnes im Frühjahr 1909 möglich und nötig sei. Dieser Vorschlag befriedigte keine Partei, die Arbeitervertreter waren jedoch geneigt, die Sache in Erwägung zu ziehen. Dagegen erklärten die Unternehmer, auch dieser Vorschlag sei für sie unannehmbar, mindestens müßte die Kommission die Freiheit haben, die Löhne auch reduzieren zu können. Immer wieder kamen die Unternehmer auf ihre Forderung zurück, die Arbeiter müßten unbedingt auf eine Lohnerhöhung verzichten, bevor die Verhandlungen aufgenommen werden könnten.

Nach längeren Sonderberatungen ließen die Unternehmervertreter verstehen, daß sie sich auf folgende Resolution geeinigt hätten:

„Der Verein der Arbeitgeberverbände für das Baugewerbe in Rheinland und Westfalen spricht Herrn Dr. Wiedfeldt seinen Dank dafür aus, daß er den Vermittlungsvorschlag im Interesse einer Verständigung gemacht hat. Der Verein stimmt Herrn Dr. Wiedfeldt darin zu, daß sein Vorschlag auf den ersten Blick brauchbar erscheint, muß aber nach reiflicher Prüfung erklären, daß dem Vorschlage erhebliche Bedenken entgegenstehen, daß seine Annahme leider unmöglich ist.“

Infolge der früheren Uneinigkeit der Arbeitgeber sind die Löhne in den letzten Jahren den Verhältnissen nicht unmerklich vorausgeeilt. Das Baugewerbe bedarf daher einiger Jahre der ruhigen Fortentwicklung, ehe es weitere allgemeine Lohnerhöhungen vertritt. Wenn das Baugewerbe im Gegensatz zu den meisten Industrien trotz der

äußerst ungünstigen Geschäftslage sich bereit erklärt hat, an den bisherigen hohen Löhnen festzuhalten, so glaubt es, damit die Grenze des Möglichen erreicht zu haben. Abgesehen von der Schwierigkeit, überhaupt einen Maßstab für die Bewertung der Konjunktur zu finden, ist der Vorschlag auch aus dem Grunde unannehmbar, weil er nur in einseitiger Weise zu Gunsten der Arbeitnehmer die Möglichkeit von Lohnerhöhungen, nicht aber von Lohnherabsetzungen bei weiterem Rückgang der Konjunktur vorsieht. Unter Berücksichtigung aller Verhältnisse erwarten die Arbeitgeber von der Einsicht der Arbeiterführer die Genehmigung des vorgelegenen zweijährigen Vertrages zu den bestehenden Lohnstufen.

Andernfalls würden die Arbeiterführer die Verantwortung für den bevorstehenden Lohnkampf zu tragen haben.

Damit war der erste Verhandlungstag zu Ende gekommen. Im anderen Vormittag (Dienstag) hatten die Arbeitervertreter mit ihrem Unterhandlungsbeirat eine Konferenz, in der alle Differenzpunkte nochmals besprochen und dann folgende Erklärung vereinbart wurde:

Die Vertreter der Zentralverbände der Maurer, Zimmerer, Baugewerkschaften, Hilfsarbeiter und der christlichen Bauhandwerker und Bauarbeiter widerholten die von ihnen mündlich abgegebenen Erklärungen, daß ihre Organisationen unter allen Umständen auf eine Lohnerhöhung für das zweite Vertragsjahr bestehen.

Die Vertreter der genannten Verbände vermögen nicht anzuerkennen, daß dem Beirat der Arbeitgeberverbände für das Baugewerbe in Rheinland und Westfalen der Nachweis gelungen sei, aus Rücksicht auf die Konjunktur von einer Erhöhung des Lohnes Abstand nehmen zu müssen. Aus verschiedenen Anzeichen ist im Gegenteil zu folgern, daß sich schon im Laufe dieses Sommers und Herbstes eine mittelgute Konjunktur entwickeln wird, und daß daher im nächsten Jahre die Lohnverdickung vorliegt, daß das Baugewerbe befriedigend beschäftigt werden muß.

Ganz entschieden müssen die Vertreter der Zentralverbände verneinen, daß die Löhne im Baugewerbe den Verhältnissen vorausgeeilt seien. Nicht nur, daß die Löhne der baugewerblichen Arbeiter in den hiesigen Groß- und Mittelstädten weit niedriger sind als in Orten gleicher Größe in anderen Landesteilen Deutschlands, sie sind auch, die gewerblichen Verhältnisse in Betracht gezogen, niedriger als in der Schwerindustrie und in ähnlichen Betrieben.

Der sehr gut gemeinte und auch wohl erwägenswerte Vorschlag des Herrn Dr. Wiedfeldt ist für die Arbeitervertreter durch die Erklärung des Beirats der Arbeitgeberverbände erledigt. Im übrigen müssen die Arbeitervertreter auf dem Standpunkte beharren, daß infolge einer Differenz über die Lohnfrage oder andere Punkte, der ganze Tarif auf Grundlagedes in Berlin unter den Zentralverbänden vereinbarten Vertragsmusters durchzuhalten werden muß.

Schließlich erklären die Arbeitervertreter noch, daß sie sich ihrer Verantwortung wohl bewußt sind und es mit gutem Gewissen vor der weitesten Öffentlichkeit vertreten können, was sie im Interesse der baugewerblichen Arbeiter, die sie fordern haben und fordern müssen. Die friedlichen Absichten der Arbeitervertreter sind so offensichtlich, daß es ausgeschlossen ist, ihnen die Verantwortung für etwaige Ausprägungen aufzuladen.

Nachdem diese Erklärung nachmittags in der gemeinsamen Sitzung zur Kenntnis der Unternehmer gebracht worden war, zogen sie sich nochmals zurück, um nach längerer Beratung folgenden Bescheid zu fassen:

„Die Versammlung (der Unternehmer) beschließt einstimmig, daß die Lohnfrage der gestrigen Resolution entsprechend nach wie vor den Hauptpunkt des Vertrages bildet und ohne Erledigung dieses Punktes dem Vertrage nicht zugestimmt werden kann. Im übrigen ist die Versammlung der Meinung, daß den Vorstellungen des Herrn Dr. Wiedfeldt nachzugeben und ihn, Sinne der Berliner Einigungskommission in die Verhandlung einzutreten ist.“

Nunmehr begannen endlich die eigentlichen Beratungen des Tarifvertrages. Aber nur allzubaal stellte es sich heraus, daß die Unternehmer bei einem Punkt um den anderen neue Forderungen in petto hatten. Der ganze Vertrag wurde zwar noch an demselben Abend durchgelesen, aber unfruchtbar blieben nur wenige Paragraphen. Zur nochmaligen Durchberatung und Formulierung der etwaigen Vereinbarungen wurde dann eine engere Kommission gewählt, die auch noch einen ganzen Tag daran setzte, um es zu einem Vertrag zu bringen, doch auch dieser Mühe blieb der Erfolg verweigert. Strittig blieb zunächst der Geltungsbereich in Bezug auf das Zimmergewerbe. Weiter wollten die Unternehmer freie Hand behalten, um mit Unorganisierten andere Abmachungen (längere Arbeitszeit, weniger Lohn) treffen zu können. Das verstößt natürlich gegen die Berliner Vereinbarungen, die rheinisch-westfälischen Unternehmer glauben jedoch, ihren Bundesvorstand noch umstimmen zu können. Die Lohnfrage wurde insoweit behandelt, als Ueberstunden; und andere Zuschläge in Betracht kommen. Eine Einigung wurde auch hierüber nicht erzielt. Mit der Feststellung der Lohngebiete und einem etwaigen Ausgleich der diesjährigen Löhne werden sich vorerst die Gewerkschaften und die Verbände der Bezirksverbände beschäftigen. — Das Wort „Mittelstadt“ ist bekanntlich durch die Berliner Vereinbarungen gestrichen und die Abweichungen von dem vertraglichen Normallohn sind genau umschrieben. Trotzdem glauben unsere rheinisch-westfälischen Unternehmer immer noch, für eine neue Kategorie „unklassifizierter“ Arbeiter niedrigere Löhne einsehen zu dürfen. Da die Unternehmervertreter keiner Belehrung zugänglich waren, mußte die weitere Verhandlung schließlich als gescheitert aufgegeben werden. Da die Zentralverbände beider Parteien dies Fragment eines Tarifs natürlich nicht genehmigen können, wird der Vorstand des Arbeitgeberbundes wohl noch vor dem 22. April in Aktion treten und seinen rheinisch-westfälischen Verbänden mit gutem Rat zu Hülfe kommen müssen.

Die Verhandlungen für das Berliner Lohngebiet, die am 9. April begonnen haben, haben bisher noch kein Resultat ergeben. Die Verhandlungen müßten wiederholt abgebrochen werden, weil man zu keiner Einigung kommen konnte. Der Schwerpunkt der Differenzen liegt in der Lohnfrage.

In Frankfurt a. M. sind die Verhandlungen mit dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverband am Montag fortgesetzt worden, um über den Tarif für den Maingau und die angrenzenden Bezirke zu beraten. Arbeitervertreter waren 47 und Unternehmervertreter 15 (darunter ein Delegierter aus Elben) aus allen Lohnbezirken anwesend.

Ueber den Wortlaut des Tarifs herrschte keine Meinungsverschiedenheit; ohne Widerspruch wurde das Berliner Vertragsmuster durch die schon früher in Frankfurt vereinbarten Bestimmungen ergänzt bezu. die letzteren durch die ersten abgeändert. In der Zeit zwischen der Berliner und der jetzigen Verhandlung hat eine Kommission versucht, die im vorigen Sommer gezahlten Löhne für die Orte festzustellen, die dem „mitteldeutschen“ Vertrag nicht direkt angeschlossen waren. Auch darüber ist so ziemlich eine Einigung erzielt worden. Hiernach wird der Frankfurter Landkreis bis auf einen Ort (Siedersheim) in Bezug auf den Tariflohn der Stadt gleichgestellt, wodurch zwar nicht der bisher gezahlte Lohn, aber doch der Tariflohn für Maurer und Zimmerer von 52 auf 54 1/2 steigt; in Siedersheim sollen 53 1/2 gezahlt werden. Strittig blieb der Lohn noch für einige Orte des Rheingaus (St. Willibrodus), doch ist die Differenz nicht erheblich. Ein weiteres, wenn auch kein erhebliches Entgegenkommen zeigten die Unternehmer, indem sie zugestanden, daß in Mannheim-Ludwigshafen die Zuschläge für Ueberstunden z. B. wie bisher höher bleiben sollen als in den anderen Vertragsstädten, und daß in Gießen auch fernerhin die Stunde von 5 bis 6 Uhr abends an den Samstagen bezahlt wird, obwohl um 5 Uhr Feierabend ist. In allen übrigen Städten des Vertragsgebietes war die Bezahlung dieser Freistunde schon abgemacht.

Somit verliefen die Verhandlungen so ziemlich friedlich; schiedlich, nur kam aber das Hauptziel: der Lohn für das zweite Vertragsjahr. Auch hierüber wurde sehr sachlich und ohne jede Erregung diskutiert, aber zu einem erhellenden Ende kam die Beratung nicht. Waren sich die Vertreter des „Mitteldeutschen“ im Gegensatz zu ihren rheinisch-westfälischen Kollegen ohne weiteres darüber klar, daß infolge der Lohn-differenzen der ganze Vertrag durchbrechen werden müsse, und machten sie, ebenfalls im Gegensatz zu den Verhandlungen in Offen, gar keinen Versuch, das Berliner Vertragsmuster zu beibehalten, um so einziger waren sie, die Herren aus der „Mittelstadt“, und von Gießen bis Mannheim-Frankfurt-Gießen, daß, abgesehen von kleinen Ausgleichen, der Lohn bis zum 31. März 1910 um seinen einzigen Pfennig erhöht werden könne, dürfte und sollte.

Im dritten Punkt ist natürlich noch sehr viel geredet worden von beiden Seiten, für und wider. Von den Arbeitervertretern (von denen aller vier 20 rührte) wurde wiederholt betont, daß es für sie eine Unmöglichkeit sei, ohne Lohnerhöhung für das nächste Jahr einen Vertrag zu schließen. Es erwiderte sich, hier alle Argumente, die immer und wieder für die Notwendigkeit der Lohnerhöhung ins Feld geführt wurden, hier widerzugeben. Es genügt zu wissen, daß die Arbeitervertreter die Sache ihrer Auftraggeber mit den besten Mitteln verteidigten, daß aber auch die Unternehmervertreter um keinen Schritt zurückgewichen sind.

Da alles weitere Nützen nutzlos und eine Vertagung zur Zeit noch nicht zu erzielen war, wurden die Verhandlungen nach dreizehnstündiger Dauer gegen 14 Uhr geschlossen.

Was nun werden wird? Vorläufig dauert der Waffenstillstand ja noch an. Wahrscheinlich werden nun erst wieder einmal die Zentralverbände in Berlin verhandeln müssen, bevor in den noch unentchiedenen Bezirken und Orten die Verhandlungen wieder aufgenommen werden.

Wer hat recht?

Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in Bielefeld.

Bielefeld, 30. März 1908.

An den Vorstands des rheinisch-westfälischen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe.

Berlin SW, Reichstr. 3.

„In dem vorliegenden Schreiben vom 28. d. M. und dem anliegenden neuen Vertragsmuster finden wir zu unserem größten Erstaunen und Bedauern die Festhaltung der sensationellen Greßbühne über die vor dem Gewerbegericht zu Berlin gepflogenen Verhandlungen bezu. erzielte „Einigung“.“

Eingebend der früheren, geraden Haltung des Vorstandes und der demselben in den Generalversammlungen zu Berlin und Hannover durch die geradezu impulsive Einseitigkeit der Bundesmitglieder zu teil gewordenen Beträumelungen und Unterföhrung wagen wir bei dem Anblick des neuen Vertragsmusters unseren Augen nicht zu trauen; in unseren Reihen erhebt sich nur eine Stimme der Entrüstung über die dem Bundes widerfahrene Niederlage. Leider vermögen wir nur eine solche in der sogenannten „Einigung“ zu erblicken.

Den Einwendungen der Gewerkschaften ist entgegen den in Hannover mit absoluter Einstimmigkeit und wahrer Begeisterung gefassten Beschlüssen in allen Punkten glatt entprochen, und diese Generalversammlung sowie die im Geiste derselben anschließende daran mit allen Arbeitnehmern geführten lokalen Verhandlungen erhalten

Zweigverein Lübeck des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands. (Protest-Resolution einer am 1. April abgehaltenen Ortsversammlung, einstimmig angenommen und der Presse zur Verfügung gestellt mit der Bitte: „Alle arbeitervreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.“)

Die am Mittwoch, 1. April, tagende Mitgliederversammlung des Zweigvereins der Maurer Lübecks nimmt Kenntnis von den Einigungsverhandlungen, die vom 25. bis 27. März in Berlin zwischen Vertretern der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter einerseits sowie Vertretern des Arbeitgeberverbandes andererseits stattgefunden haben.

Die Versammlung bedauert, daß Vertreter unserer Organisation einen derartigen verächtlichen Arbeits-tarif den in Betracht kommenden Verufen zur Annahme empfohlen.

Wir weisen ferner mit Entrüstung zurück, daß uns jedes auf demokratischer Grundlage aufgebaute Selbstbestimmungsrecht genommen wird, ersuchen vielmehr unsere Vertreter, bei einer nochmaligen Ratifizierung

dadurch den Stempel der Kommodie. Zu Wirksamkeit lag für einen verlässlichen Eindruck kein Anlaß vor; im Gegenteil, die Chancen des Bundes waren zur Zeit so günstig, wie nie zuvor; denn man hatte überall wie hier Vorkehrungen getroffen, den Kampf eventuell aufzunehmen und dann auch zum Siege zu führen!

Wie ist die Lage jetzt? Jeder weiteren Verhandlung ist der Boden entzogen, und was wir am schärfsten empfinden: das unverständliche Vorgehen des Vorstandes ist nur zu geeignet, die Festigkeit des Bundes zu erschüttern!

Dazu darf es nicht kommen! Wir halten nach Lage der Sache die Einberufung einer Generalversammlung für unumgänglich bedürftig. Wahrung unseres Ansehens und Wiederherstellung unserer Macht!

Wir richten daher an den Vorstand das ergebene Ersuchen, und glauben darin mit sämtlichen Bundesmitgliedern übereinzustimmen, ohne Bezug eine Generalversammlung einzuberufen und bis dahin jeden Abschluß eines Tarifvertrages auf Grund des neuen Vertragsmusters zu verhindern.

Von vorstehendem Schreiben haben wir sämtlichen Unterverbänden Kenntnis gegeben. Mit folgender Nachschrift Der Vorstand.

Dies nennen wir Schatzwagerei.

Verhandlung einen annehmbaren, aber nicht von Anhebungsversuchen durchsetzten Vertrag zu schaffen; wenn nicht, so ist der ganze Vertrag abzulehnen.

Wir ersuchen ferner alle Kollegen in den verschiedenen Zweigvereinen, die danach trachten, ihr Selbstbestimmungsrecht zu erhalten und eine derartige Vergewaltigungspolitik ablehnen, energisch Protest zu erheben. Alle auf demokratischer Grundlage aufgebauten Gewerkschaften können, wenn sie ihren Grundsätzen gemäß gewillt sind, die Arbeiter aus der Knechtschaft des Kapitalismus zu befreien, einen derartigen, partiellistischen, feindseligen Tarifvertrag niemals zur Annahme gelangen lassen.

Der Vorstand.

Aber wie mühte man dies nennen?

Ein wahrer Mustervertrag

Es uns von Kollnow übermittelte worden. Jedenfalls geschickt durch die langwierigen Verhandlungen der Parteien in den anderen Orten haben die Kollnow'schen Unternehmern es für das Beste gehalten, die Sache allein zu erledigen, was jedenfalls den Vorzug der Schnelligkeit hat. Sie haben folgenden „Vertrag“ geschlossen:

Vertrag.

Es ist von uns Unterzeichneten nachstehender Vertrag verabredet und abgeschlossen.

§ 1. Um dem ungerechten Drängen der hiesigen Verbandsmaurer Einhalt zu thun, stellen wir nachstehende Bedingungen und Lohnsätze auf und zwar:

1. Mit den Kollegen findet freie Vereinbarung der Löhne wegen statt.

2. Leistungsfähige Gesellen erhalten für jede geleistete Arbeitsstunde in der Stadt Kollnow und im Stadtbezirk (unter letzterem sind die im- und Ausbauten gemeint, hingegen die Ortschaften Jaggingen, Kobog, Belling, Grotz, Weich, Barbelow, Bettin und Fichtelhof gelten schon für ländlich) 38 $\frac{1}{2}$.

3. Gesellen mittelmäßiger Leistung wie vor 36 $\frac{1}{2}$.

4. Jungesellen wie minderleistungsfähige Gesellen wie vor 30 $\frac{1}{2}$.

Für ländliche Bauarbeiten die Gesellen a. d. 2. 3. u. 4. pro geleistete Arbeitsstunde 2 $\frac{1}{2}$ mehr. Dasselbe auch die Lehrlinge sofern von den Arbeitgebern laut Lehrvertrag nichts anderes vereinbart ist.

Es bleibt ferner den Arbeitgebern überlassen sich gut und gehorsam führende a. d. 3. u. 4. eine Stufe höher zu lassen.

§ 2. Für hiesige Maurer, welche dem Verbande nicht angehören auch weiterhin demselben nicht beitreten, daß ist auch ausdrücklich: keine geheime Beziehungen, Redungen und Gefügigkeiten mit demselben unterhalten, bleibt freie Lohnvereinbarung.

§ 3. Die Arbeitszeit wird auf 11 Stunden pro Tag fest gesetzt und zwar von morgens 6 bis abends 7 Uhr, darin enthaltend 1 Stunde Mittagspause, $\frac{1}{2}$ Stunde Frühstück, u. $\frac{1}{2}$ Stunde Vesperpause. Wird bei großer Hitze die Mittagspause erweitert, so ist diese entsprechende Zeit entweder morgens oder abends zu ersetzen, so daß auf jeden Fall die 11stündige Arbeitszeit inne zu halten ist.

§ 4. Das Unterbringen der Werkzeuge geschieht nach Feierabend. Sofern dies früher geschieht, ist der Arbeitgeber veranlaßt die betreffende Zeit von der Lösung in Abzug zu bringen.

§ 5. Zahlung der Löhne erfolgt alle 14 Tage; Es wird der Wochenlohn auf Freitag angesetzt, doch bleibt es dem Arbeitgeber überlassen die Zahlungstage nach Belieben und Vereinbarung zu verschieben.

§ 6. Sind die Arbeiter dringender ist der Arbeitnehmer verpflichtet Überstunden zu machen und dies nur für dieselben Stundenjahre wie § 1. befragt.

§ 7. Reiseflosten und Bahngebühren bis zur Arbeitsstelle und von derselben werden nicht vergütet. Ausgeschlossen hierin sind dergleichen, welche sich als für extra erweisen.

§ 8. Die Bestimmungen der Gewerbeordnung betreffend der Kündigung bleiben in Kraft.

§ 9. Die Tage vor den Festtagen als d. sind Charfreitag, Ostern, Pfingsten, Weihnachten und Neujahr ist Arbeitslohn um 4 Uhr nachmittags, der Tag wird für voll bezahlt.

§ 10. Für auswärtig und herangezogene Maurer hat dieser Vertrag keine Gültigkeit. d. h. es können Lohnsätze beliebig mit solchen vereinbart werden.

Als hiesige Maurer gelten solche der Stadt, Stadtbezirk, der Ortschaften Jaggingen, Kobog, Belling, Grotz, Weich, Barbelow, Bettin und Fichtelhof, so wie deren Ortschaftsangehörige.

§ 11. Über Land ist den Arbeitnehmern nach Möglichkeit eine Freistube mit Heiz- und Kochvorrichtung zu gewähren soll. Auszubildenden. Brennmaterial haben sich die Arbeitnehmer auf ihre Kosten zu beschaffen.

§ 12. Zur Vereitung des Mittagmahles soll es statthalt sein eine Stunde vorher einen Belegel oder Arbeiter freizugeben.

§ 13. Bei Landbauarbeiten beginnt der Anfang der Arbeit am Montage um 7 Uhr morgens, es wird diese 6-7 Uhrstunde mitgelöst. Für weitere Versäumnis wird nichts gewährt. Am Sonnabend ist um 5 $\frac{1}{2}$ Uhr Feierabend doch fällt die Vesperpause dafür weg. Der Tag wird für voll vergütet.

§ 14. Dieser Vertrag bindet die Arbeitgeber auf 1 Jahr, also bis 31. Dezember 1908.

Am Monat Dezember kann solcher beliebig mit Zustimmung aller Beteiligten verlängert werden.

Mit Beschluß sämtlicher Unterzeichneten, daß ist mit aller Zustimmung können §. dieses Vertrages abgeändert werden.

§ 15. Verstößt ein Arbeitgeber gegen die §. 1. 3. 7. 8. 14. dieser Abmachung r.p. hält dieselben nicht inne, so hat derselbe für jeden Einzelfall M. 100 in Worten (Einhundert Mark in die hiesige Armenkasse zu zahlen).

Dgl. Konflikte haben für's erste die Beteiligten unter sich nach vorstehendem Strafmaß zu schlichten. Wird der Zwied nicht erreicht, so ist das ordentliche Gericht des Ortes anzugehen, um über etwaige Verträge und Zuwiderhandeln zu entscheiden und zu beurteilen.

§ 16. Von diesem Vertrage erhält jeder Unterzeichneter ein Exemplar, wozu letzteres von jedem Beteiligten eigenhändig unterschrieben sein muß.

§ 17. Dem hiesigen Verbandsmaurer ist von diesem Vertrage schriftlich in Abschrift Kenntnis zu setzen.

§ 18. Etwaige entstehende Kosten werden repositiert und von den Beteiligten gleichmäßig getragen.

§ 19. Wäckerische, daß gute Verhältnis störende Maurer (hierzu auch Arbeiter) zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind nicht einzustellen soll, zu entlassen und hat jeder andere die Pflicht diese nicht aufzunehmen. (Auf heimtückische Leute ist besonders Acht zu geben.)

Kollnow, den 18. Februar 1908.

G. Schedale. B. Weich. Fr. Wachholz. W. M. Wöhl.

Eine Marx und 50 Pfennig in Marken entwertet.

Kollnow, den 20. Februar 1908.

Königliches Steueramt I.

E. Schmidt.

Zur Erweiterung in schwerer Zeit sei der Vertrag gern den Kollegen mitgeteilt.

Gau Berlin.

Die Aussperrung in Guben dauert unverändert fort. In letzter Zeit hat sich die Lage der Dinge sehr verschlechtert, weil die Unternehmer über die Lohnfrage für das zweite Jahr nicht mit sich reden lassen wollen. Außerdem wollen sie im Vertrag einige Bestimmungen aufnehmen, die für die Arbeiter Verhältnisse terriblen bedeuten. So ist z. B. ein Schiedsgericht als einseitiger Entscheidungsbüro der Vorstände des Bezirksarbeiterverbandes vorgesehen. Außerdem wollen uns die Unternehmer eine Bestimmung aufzwingen, die wie eine Gefangenensatzung den Geiseln geistiger Getränke und das Mauthen bei der Arbeit verbietet. Einige weniger kapitalfrächtige Unternehmer haben die Aussperrerei fast bekommen. Einer von ihnen hat in letzter Woche einen Vertrag, der ihm von uns vorgelegt wurde, unterschrieben. Bei dieser Firma wird jetzt gearbeitet. Desgleichen unterschrieben diesen Vertrag die Firma Jöhren, die sich erst etablierte; eine Firma sperrt nicht aus, so daß in drei Geschäften gearbeitet wird. Die Aussperrung hindert guten Mutes, und wird gewiß, den Kampf so lange zu führen, bis die Unternehmer des Bundes ihren trotigen Standpunkt verlassen. Von der Aussperrung werden betroffen 2-0 Kollegen; davon sind abgereist 36, in Arbeit zu alten Bedingungen 39, anderweitige Arbeit gesucht haben sich 12, so daß sich in dieser Woche noch 173 Kollegen zur Kontrolle meldeten. Viele Kollegen, die vor der Aussperrung hier beschäftigt waren, haben Guben sofort verlassen. „Arbeitswillig“ geworden sind 3 unserer Kollegen; dazu kommen noch 8 Berliner Bürger, die nicht zu demjenigen waren, den Ort zu verlassen. Am ganzen kamen 17 zugereist; davon reisten sofort wieder ab 9. Von den Berliner Bürgern reisten im Laufe der Zeit noch 4 ab, so daß noch 4 hier arbeiten.

In Senftenberg und Woditz sind Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter teilweise ausgesperrt, weil sie sich weigerten, den Vertragsentwurf des Arbeitgeberverbandes schon am 1. April ohne vorherige Verhandlungen zu unterschreiben. In Senftenberg sind 125 Maurer und beim Unternehmer Rabemacher in Woditz 25 Maurer entlassen worden. Die dem Arbeitgeberverband angeschlossenen Arbeiter in Sallga, Gletzig, Käthen und Döbern haben ihren Gesellen am 1. April gekündigt, so daß auch diese inzwischen arbeitslos geworden sind. Diese Maßnahmen haben der vom Deutschen Arbeiterverband gegebenen Anweisung zwar direkt entgegen, der Arbeitgeberverband in Senftenberg behauptet aber, noch nicht offiziell dem Bunde aufgenommen zu sein und sucht dadurch diesen Vorstoß gegen die in Berlin getroffenen Abmachungen zu beschönigen.

In Oranienburg ist der dort geschlossene Vertrag vom Arbeitgeberverband gebrochen worden. In einer Verhandlung mit dem Vorstände des dortigen Verbandes wurde uns versichert, daß die vertraglichen Bestimmungen eingehalten werden sollten. Wenige Tage nachdem wurde unseren Kollegen von einem die Mitteilung gemacht, daß Abzüge vorgenommen werden würden. Wir wandten uns darauf an den Vorstand des Deutschen Arbeiterverbandes mit dem Ersuchen, seine Mitglieder anzuweisen, den Vertrag durchzuführen. Wir erhielten darauf folgenden Schreiben:

„Statt „Leute“ stand erst „Individuen“.

Deutscher Arbeiterverband für das Baugewerbe.

An den Vorstand des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, Gau Berlin zu Berlin.

Auf die Zuschrift vom 4. d. M. erwidern wir Ihnen, daß sich die Angelegenheit bezüglich des Verbandes in Oranienburg bereits vor Eingang Ihres Schreibens durch das telephonische Gespräch mit der hiesigen Leitung der Zimmerer aufgelöst hatte. Wir haben demzufolge am 3. d. M. an unseren Verband in Oranienburg geschrieben, den nunmehr bis Ende März 1909 gültigen Vertrag strikte zu beachten; also dürfte die Angelegenheit inzwischen Ihrem Wunsch entsprechend erledigt sein.

Hochachtungsvoll J. A. König, Geschäftsführer.

Wir erkennen den guten Glauben des Vorstandes des Deutschen Arbeiterverbandes gern an. Tatsache ist aber, daß die Firma Lauter in Oranienburg trotz der Mahnung des Vorstandes Lohnabzüge vorgenommen hat und auch versuchte, die Arbeitszeit zu verlängern. Wir ersuchen deshalb die Kollegen, diese Firma zu meiden.

Gau Breslau.

Die Verhandlungen in Breslau haben bisher noch zu keiner Einigung geführt. In einer Mitgliederversammlung am 7. April, in der Mädel über die Verhandlungen in Berlin berichtete, beschäftigte man sich mit dem derzeitigen Stande der Bewegung. Die Unternehmer behaupten, neun Zehntel der Breslauer Maurer wolle lieber 10 als 9 $\frac{1}{2}$ Stunden arbeiten; mit dieser durchaus falschen Nebenart wollen sie ihren Verschlechterungsantrag rechtfertigen. Natürlich wollen sie auch von einer Lohnherabsetzung nichts wissen. Die Lohnkommission vertritt vor den Kollegen den Standpunkt, bei einem zweijährigen Vertrage aus Rücksicht auf die schlechte Bauwirtschaft in diesem Jahre für den alten Lohn weiter zu arbeiten, dagegen müßte man an einer Lohnherabsetzung für das zweite Vertragsjahr unbedingt festhalten. Die Versammlung teilte diese Ansicht, indem sie einstimmig folgender Resolution zustimmte: die heute, am 7. April im Gemeindefestsaal tagende zahlreich besetzte Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Maurer, Zweigverein Breslau, nimmt Kenntnis von den mit dem Arbeitgeberverband stattgefundenen Verhandlungen und spricht ihr Bedauern aus, daß man zwar einen zweijährigen Lohnvertrag verlangt, aber für beide Jahre keine Erhöhung des Lohnes eintreten lassen will. Die Versammlung steht auf dem Standpunkt und bezieht demgemäß, daß bei einem zweijährigen Vertragsabluß unbedingt eine Erhöhung des Lohnes angesichts der allgemeinen Preissteigerung eintreten muß und beauftragt ihre Lohnkommission, diesen Standpunkt in den Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband nachdrücklich zu vertreten. Die am 9. April noch einmal stattgefundenen Verhandlungen haben noch zu keinem Ergebnis geführt.

In Oppeln wurde am 10. April verhandelt. Unsere Kollegen fordern dort 38 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn und zehnstündige Arbeitszeit; bisher erhielten sie bei zehnstündiger Arbeitszeit 30 $\frac{1}{2}$. Die Unternehmer boten schließlich bei zehnstündiger Arbeitszeit für das Jahr 32 $\frac{1}{2}$ und für das nächste Jahr 34 $\frac{1}{2}$. Die Kollegen lehnten das ab. Einen Vorschlag der Zimmerer, jetzt 32 $\frac{1}{2}$, vom 1. Juli an 34 $\frac{1}{2}$ und vom 1. April 1909 an 36 $\frac{1}{2}$ zu zahlen, lehnten die Unternehmer ab. Es wird zunächst versucht werden, weiter zu verhandeln.

Gau Danzig.

Herr Zimmermeister Schulz in Wietze, dessen Bauten nach wie vor von den Kollegen gesperrt sind, macht große Anstrengungen, um Arbeitswillige zu bekommen. Leider ist ihm dies aus infolgedessen gelungen, als daß Christliche aus Danzig als Streikbrecher die Arbeit an dem Bahnhofsneubau in R.-Krug aufgenommen haben. Um unsere Kollegen irre zu führen, hatten sie sich vom Unternehmer Wobke aus Danzig eine Bescheinigung geben lassen, daß dieser die Arbeiten übernommen habe und sie nun bei ihm arbeiteten. Eine Nachprüfung dieser Bescheinigung unsererseits ergab jedoch ihre Unrichtigkeit. Auf unsere Vorstellung hin haben sie dann versprochen, die Arbeit einzustellen; hoffentlich halten sie ihr Wort. Vier Christliche aus Zoppot, Piepke, Gremia, Waaga und Wobbel, die ebenfalls auf ein Vortrat von Schulz hineingefallen waren, forderten als Bedingung für ihre Wiederabreise 8 $\frac{1}{2}$ pro Mann; sie haben sich dann aber schließlich mit 3,60 zufrieden. Das Fahrgehalt nach ihrer Heimat kostet nur M. 1,30. Dies als Spiegelbild derjenigen Christlichen gegenüber, die ähnliche Handlungen unseren Kollegen andichten und dies dann als „sozialdemokratische Erziehung“ hinführen. Auch der „christliche Bezirksleiter“ soll dem Unternehmer Schulz die Tür einlaufen. Zu welchem Zweck, kann sich wohl jeder denken. Es kommt ja doch darauf an, unseren Kollegen den Erfolg gemäß den „christlichen Grundsätzen“ zu vereiteln. Kollegen von Wietze und Umgebung, seid deshalb auf dem Posten und laßt Euch durch solche Manipulationen nicht um die Früchte Eures Kampfes bringen! Halte! fest zusammen, dann muß dem Unternehmer Schulz die Luft zum Vertragsbruch vergehen!

Gau Dresden.

Bei den Verhandlungen in Dresden war kein endgültiges Ergebnis zu erzielen. Die Unternehmer erklärten, nicht mehr als für das zweite Vertragsjahr eine Lohnherabsetzung um 2 $\frac{1}{2}$ zu bewilligen. Darauf wandten sich unsere Kollegen an das Einigungsamt. Das machte dann folgenden Vermittlungsvorschlag: Für das laufende Jahr 59 $\frac{1}{2}$ und für das Jahr 1909 vom 1. April an 60 $\frac{1}{2}$ pro Stunde. Die Unternehmer nahmen den Vorschlag an, die Kollegen lehnten ihn ab. Darauf gab das Einigungsamt einen Schiedsspruch ab, der dieselben Lohnsätze enthält.

Begründend fügte das Einigungsamt hinzu, es hielte bei der allgemein anerkannten Teuerung der Lebensverhältnisse das Verlangen der Arbeiter nach einer Erhöhung des Lohnes für berechtigt, es glaube aber, auf eine weitergehende Erhöhung in Rücksicht auf die allgemeine Wirtschaftslage und im besonderen auf die ungünstige Lage des Baugewerbes zu Dresden nicht eingehen zu können. Am 16. April haben die Kollegen zu entscheiden.

Die Sebnitzer Unternehmer sind aus dem Bund ausgetreten. Bei den letzten Verhandlungen erklärten sie, das beizubehalten zu wollen, was die vormaligen Unternehmer bewilligten. Da diese ein früher gemachtes Angebot zurückgezogen haben, so fühlen sich auch die Sebnitzer von allen Pflichten frei.

Wenn sie in den neu eingeleiteten Verhandlungen keine befriedigende Zugeständnisse machen, so haben sie sich etwaige unliebsame Folgen selber zuzuschreiben.

Gau Frankfurt a. M.

In **Odenberg** hatten sich die Unternehmer Mühsen und Köhler lauffach verpflichtet, 38 1/2 Stundenlohn zu zahlen. Jetzt wollten sie sich dieser Verpflichtung entziehen und nur 35 1/2 zahlen. Da sich die Kollegen das nicht gefallen lassen konnten und die Unternehmer keine Vermittlung annahmen, so mußte die Arbeit niedergelegt werden.

Gau Hamburg.

In **Wismar** ist mit den Unternehmern ein Tarifvertrag auf drei Jahre abgeschlossen worden. Innerhalb der Vertragsdauer wird der Lohn in drei Malen von 50 1/2 auf 60 1/2 pro Stunde steigen.

In **Neubrandenburg** ist über den Abschluß eines neuen Tarifvertrages unter Leitung des Gewerbegerichtsvorsitzenden Dr. Möller verhandelt worden. Trotzdem die Unternehmer vor zwei Jahren bei dem Abschluß des alten Vertrages ziemlich bestimmt versichert, im Jahre 1908 die neunstündige Arbeitszeit einzuführen und den Lohn auf 60 1/2 zu erhöhen, weigerten sie sich jetzt, ihr Versprechen einzulösen. Eine Vertagung der Arbeitszeit wollten sie auf keinen Fall eingestehen, und nicht viel besser war es mit einer Lohnserhöhung. Hierüber wurde nach wiederholter Verhandlung vereinbart, daß für das laufende Jahr der Lohn von 57 1/2 auf 59 1/2 pro Stunde erhöht werden soll. Im Jahre 1909 soll dann eine weitere Erhöhung des Lohnes auf 60 1/2 pro Stunde eintreten. Die Verhandlungen wurden durch das eigenartige Verhalten der Zimmerer sehr erschwert.

Die Lohnbewegung in **Neuhäus a. d. Elbe** ist nach einem kurzen Streik von zwei Tagen beendet. Die Kollegen hatten von den Unternehmern gefordert, den Lohn von 35 1/2 auf 37 1/2 pro Stunde zu erhöhen. Bei der Abschlusssitzung eines für mehrere Jahre geltenden Vertrages sollte eine weitere Lohnserhöhung auf 40 1/2 pro Stunde vorgesehen werden. Die Unternehmer billigten eine Lohnserhöhung auf 37 1/2 pro Stunde zu, aber nur unter der Bedingung, daß dieser Lohnsatz für drei Jahre gelten solle. Dies war die Voraussetzung, daß am 6. April einmütig die Arbeit eingestellt wurde. Darauf wurde am anderen Tage mit den Unternehmern aus neue verhandelt. Jetzt erklärten sich die Herren bereit, 37 1/2 Lohn pro Stunde für dieses Jahr zu zahlen und für das nächste Jahr den Lohn im Winter zu vereinbaren. Am 6. April konnte die Arbeit wieder aufgenommen werden.

In **Sonderburg** ist am 8. April mit den Unternehmern verhandelt worden. Ueber die Grundlagen des Tarifs wurde sofort eine Einigung erzielt, doch sind die Verhandlungen vorläufig resultatlos verlaufen, weil die Unternehmer einer Lohnserhöhung für dieses Jahr nicht zustimmen wollten. Die Unternehmer begründeten ihre ablehnende Haltung damit, daß in dem Tarif der Hafenarbeiter in **Sonderburg** vorgesehen sei: „Wenn im Baugewerbe die Löhne steigen, so auch der Lohn für die Hafenarbeiter steigen.“ Man kann dies zu verhindern, müßten die Unternehmer des Baugewerbes jede Lohnserhöhung ablehnen. In einer am demselben Tage abgehaltenen stark besuchten Versammlung der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter wurde eine Resolution angenommen, wonach die Arbeitervertreter mit den Unternehmern weiter verhandeln, aber unter allen Umständen an eine Lohnserhöhung festhalten sollten.

In **Sonderburg** hatten die Unternehmer die Aussperrung noch weiter aufrecht. Es haben wiederholt Verhandlungen stattgefunden. Die Unternehmer scheinen jetzt auch einer geringen Lohnserhöhung für Maurer und Zimmerer nicht abgeneigt zu sein, aber den Bauarbeitern soll kein höherer Lohn gezahlt werden. Von den aus Berlin herbeigeschickten Streikbrechern sind mehrere Maurer abgedrängt worden, den Zimmerern aus der Reichshauptstadt scheint die Luft hier oben an der dänischen Grenze besser zu gefallen, denn von ihnen will noch keiner weichen.

Gau Leipzig.

Von der Lohnbewegung in **Wittenau** ist zu berichten, daß die Unternehmer in einem Schreiben an den Zweigverein darauf bestehen, daß ein Vertrag abgeschlossen wird; sie lehnen sich somit gegenwärtig die Arbeit einzustellen. Die Kollegen wählten eine Verhandlungskommission; die Lohnforderung setzen sie auf 46 1/2 fest. Bisher wurden 41 1/2 gezahlt.

Gau Lübeck.

In **Grundhagen-Altendree** ist am 10. April eine Einigung in allen drei Verufen erfolgt. Der Lohn beträgt für 1908 für Maurer und Zimmerer 44 1/2, für Bauarbeiter 35 1/2; 1909 für Maurer und Zimmerer 46 1/2, für Bauarbeiter 37 1/2. Im übrigen sind die Bestimmungen des Muttervertrages maßgebend. Die Unternehmer glaubten sich die Genehmigung ihres Bezirksvorstandes betreffs der bewilligten 46 1/2 für 1909 vorbehalten zu müssen, obwohl dies nach den in Berlin getroffenen Vereinbarungen nicht zulässig ist. Der vereinbarte Lohn soll vom 13. April an gezahlt werden, wenn die Genehmigung erteilt wird.

Gau Mannheim.

In **Kaiserslautern** ist eine Änderung im Streik nicht eingetreten.

Differenzen entstanden in **Sackenheim**. Dort mußte laut Tarif am 1. April eine Lohnserhöhung von 2 1/2 pro Stunde eintreten (von 46 1/2 auf 48 1/2 pro Stunde). Kurz zuvor schickten die Unternehmer an den Bauvorstand ein Schreiben des Inhalts, sie wären nicht in der Lage, die Lohnserhöhung zahlen zu können, sie wollten den bisherigen Lohn von 46 1/2 pro Stunde weiter bezahlen. Eine Mitgliederversammlung beschloß einstimmig, an dem Vertrage festzuhalten. Eine Verhandlung mit den Unternehmern führte zu keinem Resultat. Die Hauptmacher waren nicht erschienen und die erschienenen Unternehmer waren geteilter Meinung. Es wurde nun den Unternehmern schriftlich mitgeteilt, daß die Maurer an dem abgeschlossenen Vertrage festhalten und verlangen, daß der Lohn von 48 1/2 gezahlt werde. Am ersten Zahltag nach dem 1. April zahlten die Unternehmer mit einer Ausnahme jedoch nur 46 1/2. Man wurde den Unternehmern am 6. April der

Streik angekündigt. Dies half. Es haben sich darauf alle Unternehmer verpflichtet, die 48 1/2 zu zahlen.

In **Seppenheim** (an der Verstraße) besaßen ebenfalls Differenzen. Dort lief der bisherige Vertrag am 31. März ab. Die wänschten Verhandlungen, aber die Unternehmer rührten sich nicht. Es wurde dann von uns beschlossen, ohne Vertrag zu den bisherigen Löhnen weiterzuarbeiten. Die Unternehmer nahmen jedoch Lohnherabsetzungen vor. Einer davon versiegte sich sogar so weit, daß er erklärte: „Die Maurer bringen wir noch dahin, daß sie uns am ... lecken!“ Nur ein Unternehmer erklärte sich zu Unterhandlungen bereit. Es dürfte deshalb in der nächsten Zeit zu einem partiellen Streik kommen.

In **Mannheim** verhandelten wir am 8. April mit den Unternehmern von Mannheim und Ludwigshafen über die Frage der Arbeitszeit. Die Unternehmer hatten dazu ein neues Preisverzeichnis vorgelegt, an dem sie jedoch selbst noch eine Reihe Veränderungen vorgenommen hatten. Das neue Preisverzeichnis bedeutet gegenüber dem alten eine wesentliche Verschlechterung. Gortz erklärte einmütig der Verhandlungen: Da die Lohnfrage noch nicht geregelt sei, habe es keinen Zweck, die Verhandlungen zu regeln; wenn eine Einigung in der Lohnfrage nicht erzielt würde, sei alles anders hüßig. Die Unternehmer wollten jedoch trotzdem verhandeln. Dies geschah dann auch. Auf Antrag Gortz wurde dann die Beratung über die Preise vertagt, da die Maurer hierzu noch nicht Stellung genommen haben. Ueber alle anderen Dinge wurde nach vierstündiger Verhandlung eine Einigung erzielt; schriftlich blieb nur die Schlussbestimmung, wonach der Stundenlohn nicht mehr garantiert werden soll.

Die Unternehmer im **Saargebiet** scheint der Hafer auch zu liegen, wie folgendes Zirkular beweist:

Arbeitsgeber-Verband für das Saargebiet im Saargebiet. C. B. Saarbrücken, den 18. März 1908.

Mündschreiben!

Die für 1908 eintretende vertragliche Erhöhung der Maurerlöhne um 2 1/2 in Verbindung mit der zeitigen geringen Vorkaufkraft haben daranlast, daß in der Arbeitsgeber-Vereinbarung vom 13. cr. einstimmig beschlossen wurde, von der Nachtragbestimmung des Arbeitsvertrages zum Schutze des Unternehmeriums mehr wie bisher Gebrauch zu machen. Es sollen also nur diejenigen Maurer den höheren Lohn erhalten, die ihn nach ihren Leistungen tatsächlich verdienen. Damit tritt sehr schwerwiegend eine Vertagung des Vertrages ein, sondern es soll nur eine stärkere Kontrolle der einzelnen Arbeitsleistung eintreten, die nach den gemachten Erfahrungen ohnehin durchaus erforderlich ist.

Um auch für die nicht unter den Vertrag fallenden Tagelöhner (Handlanger) eine gewisse Regelung zu erzielen, ist weiter beschlossen worden, daß der Höchstlohn der Tagelöhner 36 1/2 pro Stunde betragen soll, wobei etwaige bisher gezahlte einzelne höhere Sätze bestehen bleiben.

Einem weiteren Beschlusse der Versammlung folgend, bietet die unterzeichnete Geschäftsstelle um baldige Einbringung: eines gewissen Hauptverzeichnisses der am nächsten Montagstage beschäftigten Maurer unter Angabe des Geburtsdatums, sowie um jedwelmögliche Einbringung der gleichen Listen derselben, die austreten.

Diese neue Einrichtung soll zunächst betriebsweise, hauptsächlich zu statischen Zwecken, eingeführt werden, und zwar für die drei Saarstädte und St. Ingbert. Im übrigen gibt die Geschäftsstelle zu vorbedenken, daß etwa noch gewünschte Anstalt. (Vergleiche auch die diesbezüglichen Artikel in der „Saarbrücker Ztg.“, der „Neuen Saarbrücker Ztg.“ und der „Mittel-Rheinischen Ztg.“ der letzten Tage.)

Die Geschäftsstelle des V. G. D. D. L. e., Generalsekretär.

Die Herren haben das Bedürfnis, ihr Gewissen selbst zu beruhigen, indem sie dazu bewegen: Ein Vertragsbruch soll das nicht sein. Man, wir empfinden dies als Vertragsbruch und werden den Herren dafür auf die Finger zeigen. Daß die Unternehmer den Vertrag nicht einhalten wollen, beweist auch noch ein anderes Schriftstück. Der Unternehmer Ademann führt zur Zeit in den Saarstädten staatliche Arbeiter aus und zahlt dabei Löhne ganz nach Willkür. Unsere Zweigvereinsleitung forderte deshalb die Einberufung der Schlichtungskommission. Hieraus ging vom Arbeitgeberverband folgendes Schreiben ein:

Herrn Gewerkschaftssekretär Schroth, St. Johann:

In Sachen Ademann teile ich Ihnen mit, daß unterseits ein Einberufen der Schlichtungskommission nicht für erforderlich erachtet wird, da Ademann zugestimmt hat, freiwillig sich den hiesigen Verhältnissen nach Möglichkeit anpassen zu wollen.

Sodachend Dte. Generalsekretär.

Von uns verlangt der Arbeitgeberverband, daß wir den Vertrag bis auf das Äußerste über den i einhalten sollen, für den Arbeitgeberverband genügt es jedoch, wenn seine Mitglieder sich den Verhältnissen „nach Möglichkeit“ anpassen. Eine sonderbare Auffassung der Vertragspflicht!

In **Freiburg** sind die Verhandlungen auf den 16. April verschoben worden.

In **Nahr** soll am 16. April verhandelt werden.

Gau München.

In **Starnberg** fanden am 11. April Unterhandlungen statt, die zu einem Tarif für den größten Teil des Württals führten. Es tritt eine Lohnserhöhung von 4 1/2 für 1908 und von 1 1/2 für 1909 in Kraft. Die Löhne betragen nur in Starnberg 46, im nächsten Jahre 47 1/2, in Planegg 50 bzw. 51 1/2 pro Stunde. Den Vereinbarungen stimmten die Kollegen zu.

In **Mühlhof** fand die Unterhandlung am 12. April statt, die ebenfalls zum Abschluß eines Vertrages führte. Die Löhne werden dort von jetzt an um 2 1/2, im nächsten Jahre um 1 1/2 erhöht, so daß der Lohn 55 bzw. 56 1/2 beträgt. Die dortigen Unternehmer wollten überhaupt keine Lohnserhöhung abgeben, jedoch einige Verschlechterungen in den Tarif hineinschieben. Als insofern die Unterhandlung als gescheitert zu betrachten war, wurde Herr Bürgermeister Fischer als Unparteiischer herbeigeschickt, und seiner Vermittlung gelang es, eine Vereinbarung zu erzielen. Zwar wehrten sich die Unternehmer mit Händen und Füßen auch gegen die Vorschläge des Bürgermeisters. Sie beantragten, sich jedoch später eines Besseren und nahmen den Vorschlag an.

Auch unsere Versammlung erteilte dem Vertrage ihre Zustimmung.

In den nächsten Tagen werden Unterhandlungen stattfinden in **Reichenhall, Traunstein, Alkofen und Straubing**.

Gau Stuttgart.

Von **Wülhausen i. St.** wird berichtet, daß die dortigen Unternehmer, entgegen den tariflichen Bestimmungen, den alten Lohn von 53 1/2 ruhig weiter zahlen, während der Vertrag besagt, daß vom 1. April an 55 1/2 zu zahlen sind. Da auch bei den Bauhülfsarbeitern die tarifliche Lohnserhöhung von den Unternehmern in Anspruch genommen wird, so müssen wir vermuten, daß sie eine dahingehende Verabredung getroffen haben. Also wieder ein Vertragsbruch der Unternehmer! Der Zug muß unter diesen Umständen natürlich ferngehalten werden.

Gau Stuttgart.

Der Landesverband Württemberg des Arbeitgeberbundes hatte dem Bauvorstand am 31. März mitgeteilt, daß nur nach den Berliner Verhandlungen dem Abschluß der Verträge in **Heidenheim, Gillingen, Rellingen und Rutenhausen** nichts mehr im Wege stünde. Am 3. April erhielten wir dann ein anderes Schreiben, wonach die Aufschüßung des Landesverbandes der Unternehmer beschloß, daß Verhandlungen vorerst nicht einzuleiten. Wie wir erfahren haben, möchten die Unternehmer eine Änderung des Vertragsmusters dergestalt, daß in den Absatz 4 das Wort „ständig“ eingefügt wird, worfür sie dann in die Streichung des Absatz 5 einwilligen wollten. Selbstverständlich lassen wir uns auf einen solchen Handel nicht ein; das Vertragsmuster ist jetzt für uns unabänderlich.

Die Pariser Aussperrung.

Paris, 10. April.

Je. Injere Vorausfrage, daß bei der mit diesem Schreiben angefügten Aussperrung der 150 000 Pariser Bauarbeiter die Aufständischen sei, hat sich bewahrheitet. Allerdings fehlen uns zur Zeit noch genaue Zahlen über den Umfang der Aussperrung. Bei unseren französischen Kollegen sieht die Statistik noch sehr im Verzug, aber nach den Schätzungen der Organisationsleiter und den Angaben der Pariser Polizeipräsidenten, die zwar nicht völlig übereinstimmen, konnten den angeführten 150 000 — eine Null gefügt werden.

Herr Viviani, der Arbeitsminister, gab in der Kammer heute die Zahl der ausgesperrten Bauarbeiter auf 25 000 an. Ob er diese Zahl von der Polizeipräsidentur oder von den Unternehmern hat, wissen wir nicht. Die Polizeipräsidentur gab über die Lage am Sonntag folgende Zahlen heraus: Geperzte Baupläne 445, offene Baupläne 231, arbeitende Bauarbeiter 2167. Außerdem sind 36 Baupläne, auf denen Demolierungsarbeiten im Gange sind, offen und drei geperzt. Diese Zahlen haben nur auf die Stadt Paris selbst Bezug. Die Vororte sind nicht einbezogen. Die Organisationsleiter besitzen, wie schon gesagt, noch keine genauen Zahlen, doch schätzen sie die Zahl der Arbeitenden auf ungefähr ein Viertel. Es muß jedoch hinzugefügt werden, daß einerseits das Gros der im Frühjahr nach Paris zuwandernden Bauarbeiter, die vornehmlich aus der Umgebung von Limoges kommen (die Steinmaurer heißen daher, zum Unterschied von den Ziegelmachern, „Limousins“), noch nicht eingetroffen ist und andererseits schon seit Monaten eine nicht erklärte Aussperrung besteht. Auf die von Bauplänen zu Bauplänen erfolgenden Arbeitsniederlegungen hatten die Unternehmer mit der größtmöglichen Einschränkung der Arbeit reagiert und außerdem im Hinblick auf die beschlossene Aussperrung während der letzten Wochen keinen neuen Bau in Angriff genommen. So kam es, daß schon seit zwei Monaten ein sehr großer Teil der Bauarbeiter arbeitslos war. Die Schätzungsweise Angaben, die uns die Organisationsleiter gemacht haben, sind folgende: Zur Zeit arbeitslos 30 000 Bauarbeiter (in Betracht kommen hier nur Maurer, Stuckateure und Bauphiltsarbeiter). Arbeitslos vor der Aussperrung 10 000, angeblich 20 bis 25 000. Es ist möglich, daß die Aussperrung in der kommenden Woche an Ausdehnung gewinnt, es ist aber auch nicht unwahrscheinlich, daß das Gegenteil eintritt. Einestells werden von Außen-seiten der Unternehmer Versuche gemacht, eine Organisation gegen die Aussperrung zu machen, andererseits haben die organisierten Unternehmer einen Teil der mit ihnen liierten Lieferanten zu einer 15prozentigen Preiserhöhung veranlaßt, um die kleinen Unternehmer, die nicht arbeiten lassen, zur Einstellung der Arbeiten zu zwingen.

Die Unternehmervereinigungen der Bauphilts- und Schloßerei haben sich mit dem Syndikat der Bauunternehmer solidarisch erklärt — auf dem Papier allerdings. Es ist natürlich nur eine Frage der Zeit, ob die übrigen Branchen der Bauindustrie gleichfalls zur Aussperrung gezwungen werden infolge Arbeitsmangels. Die Unternehmer geben sich die größte Mühe, um die öffentliche Meinung irre zu führen. Gestern ließen sie in ganz Paris Mietsenlokale aufschlagen, worin ein angeblich unabhängiges Syndikat gegen die Herabsetzung der Arbeitszeit, gegen den Terrorismus usw. protestiert und sich für die vertrauensvolle Unterwerfung unter das Wohlwollen der Unternehmer und für volle Arbeitsfreiheit erklärt. Am angeblichen Sitz des angeblichen Syndikats hat man aber „nichts davon sprechen gehört“. Dann werden wieder Verlesungen in der von der Arbeiterklasse unabhängigen Presse über angebliche Aufschüßungspläne der Regierung losgeschleudert. Wie wenig die Regierung, auch wenn sie die Macht hätte, daran denkt, die Forderung der Bauarbeiter aufzulösen, beweist die Tatsache, daß sie den Pariser Syndikaten ihre Vermittlung anbietet. Die meisten haben jedoch dankend abgelehnt, was die Clémenceau und Viviani sehr jämmerlich.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Sterbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausbezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überreichen:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
 - b) die Sterbeurkunde.
- Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung ausbezahlt ist.

© 2006 The Authors
Journal compilation © 2006 Blackwell Publishing Ltd

reien zwar eingefunden, da keiner von ihnen von dem Verbot eine Ahnung hatte, aber auch die Polizei war nicht zu Hause geblieben, und sie war dünnlich erschienen. Zu bemerken ist, daß das Lokal im Hofe befindet und von uns schon im dritten Jahre benutzt wurde. Eine Lokal wird es ja auch geben, aber jetzt müssen die Kollegen erst recht ihre Pflicht als Agitatoren erfüllen, damit wir beweisen können, daß es in Gießen auch ohne Lokal vorwärts geht.

Stetheim. Hier tagte am 5. April eine allgemeine Mauererbversammlung, zu der sich die Kollegen in der Mehrzahl eingefunden hatten. Kollege Puh aus Münden referierte über die Ausperrungsgelüste der Unternehmer und welche Stellung wir dazu einnehmen müssen. Er führte sein Referat so gut und ausführlich aus, daß sämtliche Anwesenden ihm Beifall spendeten. Die Ausführungen des Referenten veranlaßten die Kollegen, eine sehr große Agitation in Aussicht zu stellen, so daß sich unser Zweigverein voraussichtlich bald stärker entwickeln wird. Ferner wurde beschlossen, einen Vorkampfsbeitrag von 10 $\frac{1}{2}$ pro Woche zu zahlen.

Nordheim. Bei gutem Besuch tagte hier am 25. März eine öffentliche Versammlung. Nach Erledigung der Tagesordnung beantragte Kollege Kiesel eine Resolution, in der den Gaudeliegkeiten der Vorwürfe gemacht wurde, in bezug auf die Arbeitsarbeit mangelhafte Arbeitsleistung zu haben. Alsdann wurde vom Kollegen Kiesel beantragt, in Bayern-Einsiedeln eine Zastelle zu errichten. Dem Kollegen Wagenaar wurde anbegehrt, die in der Versammlung geäußerte Beschwerde gegen den Kassierer Kehler zurückzunehmen, was er entliehen absetzte. Schluß der Versammlung 11 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Blaun i. R. Mittwoch, den 1. April, tagte hier eine öffentliche Mauererbversammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Die gegnerischen Gewerkschaften und ihre Taktik bei Lohnbewerungen. 2. Stellungnahme zu der Ausperrung von Arbeiterpartei Mauererb Kollegen in Marktneutriden. 3. Märfier. 4. Gewerkschaftliches. Zum ersten Punkt der Tagesordnung referierte Kollege Schmitt. In der Hand von Statistiken behauptete er die Ausperrung der gegnerischen Gewerkschaften. Ueber den zweiten Punkt entspann sich eine lebhaft Debatte. Mit Entrüstung kritisierten fast alle Disziplinäre das Verhalten der Kollegen, die in Marktneutriden im Afford maern. Es sind diese Kollegen, die den anderen sozusagen zum Vorbild dienen sollen: Mitglieder der Agitationskommission, „Grundstein“-träger und ein Revijor. Es ist dies um so bedauerlicher, als die Affordarbeit immer das Schmerzenskind für Blaun war und jeder Kollege von Blaun in sein Verbandsbuch die beschlossene Resolution gegen die Affordarbeit eingefügt erhalten hat. Es wurde ein Antrag angenommen, wonach den Kollegen ein Stundenlohn von 50 $\frac{1}{2}$ zugesagt wird; was darüber ist, sollen sie an die Lokalfälle abgeben; auch sollen sie ihre Abrechnung im Bureau vorlegen. Zum dritten Punkt, „Märfier“, sprach Kollege Schmitt für starke Vereinfachung an der Märfier; wenigstens möchten die Kollegen die Festversammlung besuchen, wenn es ihnen nicht möglich sein sollte, den Tag ganz durch Arbeitsruhe zu feiern. Es wurde folgende Resolution hierzu angenommen: 1. Die am 1. April im Gewerkschaftshaus „Schillerpark“ tagende, von 160 Kollegen besuchte Versammlung der Mauer, macht es den einzelnen Kollegen zur moralischen Pflicht, soweit es ohne Schädigung ihrer wirtschaftlichen Interessen möglich ist, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern. Als Schädigung wirtschaftlicher Interessen gilt die Einbuße des Arbeitslohnes für diesen Tag nicht angesehen. Ganz besonders erwartet die Versammlung, daß die stattfindende Festversammlung zahlreich besucht wird. Es folgte sodann noch ein Appell an die Kollegen, Mitglieder der Partei und des Konsumvereins zu werden. Auch sollten die Kollegen das Bürgerrecht erwerben, soweit sie das Alter dazu erreicht haben, um sich an den Kommunalwahlen beteiligen zu können, da dieses für uns den größten Nutzen sei.

Hüstenwalde. Am 27. März hatten die hiesigen Mauer eine Versammlung bei Herrn Restaurateur Ritzahn, die von circa 12 hiesigen und 15 fremden Kollegen, die aber meist schon Mitglieder unseres Verbandes waren, besucht war. Nachdem Kollege Stuber aus Köstlin über: „Zweck und Ziele der Organisation“ gesprochen hatte, traten sämtliche hiesigen Kollegen dem Verbands bei und gründeten einen Zweigverein. Aufgabe der Kollegen muß es jetzt sein, dahin zu streben, daß sämtliche Mauer dem Verbands beitreten; denn Einigkeit macht Kraft. Die Konsumtur ist gut; der Stundenlohn ist durch die Organisation auf 40 $\frac{1}{2}$ bei einstufiger Arbeitszeit gestiegen. Hoffentlich werden die Kollegen sich diesen Lohn durch ihre Einigkeit festhalten und in nächster Zeit bessere Bedingungen erringen.

Stettin. Am 5. April tagte unsere Generalversammlung in Güstern. Es wurde beschlossen, daß die Zastellen bei der Verdringung eines verstorbenen Kollegen eine Delegation von zwei Kollegen auf ihre Kosten zu entsenden haben. Güstern stellte den Antrag, für jeden verkaufte Marke 6 $\frac{1}{2}$ anstatt 4 $\frac{1}{2}$ an Orte zu behalten. Der Antrag wurde abgelehnt; ebenso der Antrag Heßlingen, pro Mitglied und Quartial 10 $\frac{1}{2}$ an die Gewerkschaftskommission, die sich in Heßlingen gebildet hat, zu zahlen. Ueber die Märfier entspann sich eine lebhaft Debatte. Die Märfier durch Arbeitsruhe zu begehen, wurde in namentlicher Abstimmung einstimmig beschlossen. Ferner wurde dem erkrankten Kollegen Karl Koch eine Unterfützung gewährt. Die nächste Generalversammlung findet in Heßlingen statt.

Stralsund. Sonnabend, den 4. April, tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung; jedoch war sie nicht so besucht, wie man annehmen sollte; denn wenn von 120 Mitgliedern nur 30 anwesend sind, so ist dies kein gutes Resultat. Da hier aber augenblicklich eine ganz gute Bautiontur vorhanden ist, so sollte man erwarten, daß wenigstens die Versammlungen gut besucht sein müßten. In dieser Versammlung wurde Stellung genommen zum 1. Mai. Nach längerer, lebhafter Debatte wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung sieht es als ihre Pflicht und Ehre an, als Protestarbeiter den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern, und

zwar als Protest gegen die heutige Gesellschaftsordnung und gegen den Kapitalismus.“ Weiter wurde festgestellt, daß auf einigen Baustellen sehr große Mißstände herrschen. Auf einer Stelle ist das Gerüst nicht vorchriftsmäßig und auf einigen anderen Baustellen sind die Baubuden und Aborte nicht vorchriftsmäßig; außerdem fehlen auch die Verbandslisten. Der Vorsitzende meinte, es wäre Pflicht eines jeden Kollegen, sich in allererster Linie über diese Angelegenheiten zu bestimmen. Von der Agitationskommission wurde berichtet, daß sich die meisten hiesigen unorganisierten Mauer dem Verbands angeschlossen hätten. Zu gleicher Zeit sei eine Agitationsreise nach Crampas, Sahnig, Promieufel und Hagen unternommen und an alle dort anwesenden Mauer das letzte Flugblatt verbreitet worden. Zum Schluß wurde vom Vorsitzenden eine längere Rede gehalten, in der er darlegte, daß einige Kollegen sich gegen die Arbeiterinteressen begelien, indem sie nichts zur Erhaltung des Gewerkschaftshauses beitrugen; sondern in den bürgerlichen Kneipen und Tanzsälen verkehrten, jedoch dem Gewerkschaftshaus den Rücken zeigten. Mit einer Ermahnung an die Kollegen, in Zukunft mehr das Gewerkschaftshaus zu unterstützen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Trippau. Am 12. April tagte hier im Lokale des Herrn Maack die monatliche Mitgliederversammlung. Nachdem einige Neuankömmlinge vollzogen waren, sprach Kollege Kahl über die augenblickliche Lage im Baubetrieb. Es ist mehr denn je notwendig, die Organisation des größten Interesses entgegenzubringen, ganz besonders aber die noch fernstehenden Kollegen zu gewinnen suchen. In der Diskussion wurde betont, daß es den Unternehmern durch die leider vorhandene Gleichgültigkeit der Kollegen zum Teil gelungen ist, den Lohn zu kürzen. Weiter wurde noch auf die vorhandenen Mißstände auf den Baustellen hingewiesen. In seinem Schlußwort bemerkte der Referent, daß solche Maßnahmen der Unternehmer nur dort möglich seien, wo das nötige Interesse an der Organisation fehle, wo die Kollegen das Vertrauen zur Sache vermissen ließen. Charakteristisch ist, daß in dem einige Meilen entfernt liegenden Zweigverein die Kollegen durch ihre Einigkeit den Lohn in drei Jahren von 42 $\frac{1}{2}$ pro Stunde auf 60 $\frac{1}{2}$ und die Arbeitszeit von 10 auf 9 $\frac{1}{2}$ Stunden gebracht hätten. Mit der Aufforderung, zu der am 10. Mai stattfindenden Versammlung eine ganz besondere Agitation zu unternehmen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Mörfershausen. Am 29. März tagte hier eine sehr lebhaft besuchte Mitgliederversammlung; von 65 hier am Orte anwesenden Mauern waren trotz der heftigen Flugblattverbreitung nur 29 Kollegen, einschließlich der aus anderen Orten anwesenden. Als Referent war Kollege Leube an Gorka erschienen. Er schilderte in einfühlsamer Rede die Notwendigkeit der Organisation. Hierbei freizität er auch die Verhältnisse in der hiesigen Gegend und am Orte. Vorkassier Weiß lobte den Referenten am Schluß für seine vortrefflichen Ausführungen.

Weißenhagen. Zu dem Bericht von der Konferenz in Gorka in Nr. 15 geht uns eine Erwiderung auf die in dem Bericht mitgeteilten Worte des Kollegen Dietrich aus. In dem Bericht wurde behauptet, Kollegen aus Weißenhagen hätten in Gorka von 5 Uhr früh bis 9 Uhr abends gearbeitet. In der Erwiderung (die übrigens sehr unklar abgefaßt ist) heißt es: Wir erhielten in Gorka 60 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn, was sonst nur 36 bis 38 $\frac{1}{2}$ gezahlt werden. Außerdem erhielten wir die Zeit Montag bis 3 Uhr morgens und Sonnabends von 3 Uhr nachmittags an bezahlt, obwohl wir in der Zeit auf dem Wege waren. Um 5 Uhr früh haben wir nicht angefangen, und haben, wenn die Notwendigkeit zu Überwinden vorlag, diese mit 100 pSt. Zuschlag bezahlt erhalten. Die Gorkaer Kollegen waren dazu ohne Zuschlag bereit. Kollege Dietrich war sehr schlecht informiert; er sollte im Interesse der Einigkeit solche Dinge unterlassen.

Wittenberge. Am 7. April tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Zunächst verlas der Kassierer die Abrechnung vom ersten Quartal. Die Einnahme betrug $\text{M} 507,45$, die Ausgabe $\text{M} 161,30$, Kasienbestand $\text{M} 346,15$. Dann wurde der Bericht vom Statistiker vorgelesen. Ueber diesen Bericht entspann sich eine rege Debatte, hauptsächlich wegen der Märfier. In der vorigen Versammlung war mit Zweidrittelmajorität beschlossen worden, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern. Dieser Beschluß erregte bei einigen Mitgliedern etwas Unwillen. Jetzt machte der Vorstand den Vorschlag, den Beschluß zu ändern, aber sämtliche Redner sprachen sich dagegen aus. Es wurde darauf einstimmig beschlossen, den Beschluß aufrecht zu halten und dahin zu erweitern, daß, wer den 1. Mai nicht feiert, für den Tag $\text{M} 5$ an die Lokalfälle zu zahlen hat; wer bis zur nächsten Versammlung nicht bezahlt, soll ausgeschlossen werden. Weiter wurde noch beschlossen, daß jeder eine Marke zu 25 $\frac{1}{2}$ zu entnehmen hat. Morgens um 9 Uhr hat sich jeder Kollege in der „Zentralhalle“ zur Kontrolle zu melden. Kollegen! Beteiligt Euch alle an der Märfier, zeigt, daß Ihr noch da seid! Ferner wurde noch beschlossen, daß mit den Kollegen Sperling kein organisierter Kollege zusammenarbeiten soll und daß jedes Mitglied ein Protokoll von der letzten Konferenz zu kaufen hat. Ferner wurde den Kollegen anbegehrt, die Arbeiterpresse zu abonnieren und sich auch politisch zu organisieren.

Beiträge zum Lehrlingswesen.

Unternehmerpraktiken beim Lohnkampf.

Die Ausbeutung der Lehrlinge ist ein „wohlverborenes“ Vorrecht unserer Unternehmer, das sie mit Nägeln und Nähen verteidigen; das sie verteidigen, selbst wenn es gegen den klaren Wortlaut des heutigen Rechts sein muß. Einige solcher Fälle werden uns aus Posen berichtet. Im vorigen Jahre wurde in Schwierzig, einer Zastelle des Zweigvereins Posen, gestreift. Während des Streiks lernten zwei Lehrlinge aus und befanden vor der Posener Innung ihre Prüfungen; der Lehrling D. nach einer Nachlehre von einem halben Jahr. Beide Junggefeilen legten bei ihrem Lehremeister Hoesig die Arbeit nach bestandener Prüfung nieder und schloßen sich den Streikenden an. Da

traf sie der Baustraf der Innung, die sie zur Weiterlehre aufforderte. Als sie dieser Aufforderung nicht nachkamen, erhielten sie von der Innung ein zweites Schreiben, in dem ihnen eine Strafe angedroht wurde, die die Innung bei der Handwerkskammer erwirken wollte. Die beiden Junggefeilen legten über das unrichtmäßige Verhalten der Innung Beschwerde bei der Handwerkskammer ein, aber nur, um den Innungsweg ineinander zu führen; daß nichts dabei herauskommen würde, war klar; denn beide Institute haben ein und denselben Unternehmer zum Vorkommen. Wenn man den Keufel bei seiner Großmutter verlag, darf man nicht allzuviel Gerechtigkeit erwarten. Die Handwerkskammer zu Posen antwortete:

An den Mauerlehrling Alexander Dziectob, Schwierzig.

Auf Ihr Schreiben vom 20. August erwidern wir Ihnen, daß Ihnen mit vollem Recht die Papiere nicht ausgehändigt worden sind. Die Lehre endet erst mit der Freipregung von der Innung. Sie sind von der Innung nicht freigesprochen worden, weil Sie in der Zeit vom 16. Mai bis 10. Juni das Lehrverhältnis ohne jeden Grund gelöst und sich sogar noch als Lehrling den streikenden Gesellen angeschlossen hatten. Durch Innungsbeschluß hatten Sie deshalb vom 10. Juni bis Oktober bei Herrn Hoesig nachzulernen. Sie sind dem nicht nachgekommen und können deshalb die Papiere nicht ausgehändigt erhalten. Wegen des Nachlernens raten wir Ihnen, sich baldigst mit Herrn Mauer- und Zimmermeister M. Hoesig in Verbindung zu setzen.

Der Vorstand der Handwerkskammer.

G. Müller,
Vorsitzender.

(Unleserliches Geßel)
Symblich.

Inzwischen war der Junggefeile D. bei einem Mauermeister M. in Arbeit getreten. In der zweiten Arbeitswoche kam D. Lehremeister auf den betreffenden Bau, darauf erhielt D. am Sonnabend Feierabend und Mauermeister M. gab ihm nicht mehr den Lohn wie in der ersten Woche, sondern nur den Lohn eines Lehrlings. D. klagte vor dem Gewerbegericht zu Posen und ließ sich durch den Kollegen Schulz vertreten. Der Beklagte M. machte geltend, daß D. nicht Geselle wäre, sondern noch Lehrling, was er (M.) nicht gewußt, sondern erst durch seinen Lehremeister später erfahren habe. Er halte sich nicht für verpflichtet, den Gesellenlohn an D. weiter zu zahlen. Der Klagevertreter behauptete aber, daß D. am 6. Mai 1907 nicht nur seine Lehrezeit beendet gehabt, sondern auch die Gesellenprüfung an diesem Tage bestanden hätte und beantragte deshalb „Verurteilung“. Das Gericht beschloß Verweisung darüber, ob D. Geselle sei. Der zweite Termin endete mit der Verurteilung des Beklagten. Der Klagevertreter wegen lassen wir das verbindende Urteil im Wortlaut folgen:

In Sachen des Mauerers Alexander Dziectob zu Schwierzig, vertreten durch Wilhelm Schulz zu Posen, Klägers, gegen den Mauermeister Roman Maniowski zu Posen, Kasstraße 23, 2. Et., Beklagten, erkennt das Gewerbegericht der Stadt Posen für Recht: Der Beklagte wird verurteilt, an den Kläger $\text{M} 28,80$ zu zahlen und die Kosten des Rechtsstreites zu tragen.

Tabellena b.

Der Kläger ist bei dem Beklagten auf tägliche Anbahnung bis zum 20. Juli 1907 als Mauer beschäftigt gewesen und verlangt von dem Beklagten mit der Behauptung, daß ihm als Mauergerelle unfreizeit ein Stundenlohn von 66 $\frac{1}{2}$ zugestanden habe, Zahlung seines Restlohnes.

Er beantragt, den Beklagten zu verurteilen, an ihn $\text{M} 28,80$ zu zahlen.

Der Beklagte beantragt Klagenabweisung und wendet folgendes ein: Er habe zunächst angenommen, daß der Kläger Mauergerelle sei und ihm infolgedessen für die erste Woche den einem Gesellen unfreizeit zuzurechnenden Lohnsatz von 58 $\frac{1}{2}$ bezahlt. Erst später habe er erfahren, daß der Kläger noch Lehrling sei; das werde die Posener Richtigkeit bekunden.

Durch Beschluß vom 1. August 1907 ist darüber Verweisung angeordnet worden, ob der Kläger die Gesellenprüfung bestanden habe, durch Einholung einer Auskunft der Posener Bauhütte; die Auskunft befindet sich Blatt 7 der Akten. Nach erfolgter Weisaufnahme hat der Beklagte weiter eingewendet, daß der Kläger zwar die Gesellenprüfung bestanden habe, daß ihm aber die Gesellenrente nicht zustünden, da er sich in Schwierzig am Mauermeister beteiligt habe. Zwischen seinem Lehremeister Hoesig und der Posener Bauhütte sei deshalb vereinbart worden, daß die Lehrezeit des Klägers noch bis zum 1. Oktober 1907 zu dauern habe.

Entscheidungsgründe.

Nach der Auskunft der Posener Bauhütte steht fest, daß der Kläger am 6. Mai 1907 die Gesellenprüfung bestanden hat. Es steht ihm somit der tarifmäßige Lohnsatz von 66 $\frac{1}{2}$ pro Stunde zu. Wenn nun vom Beklagten eingewendet wird, daß der Kläger noch bis zum 1. Oktober 1907 weiter Lehrling sei, so ist diese Vereinarung rechtlich belanglos. Der Gesellenprüfungsausweis ist eine staatlich eingerichtete Institution und seine Befähigung können nicht durch private Vereinbarungen außer Kraft gesetzt werden. Sollte der Vorsitzende des Prüfungsausschusses den Beschluß des Ausschusses beanstanden, so mußte er eine Entfcheidung der Handwerkskammer herbeiführen. (§§ 182, 183, 1. Ziffer 6 der Gewerbeordnung.) Da der Lohnsatz von 66 $\frac{1}{2}$ pro Stunde vom Beklagten nicht bestritten war, so mußte seine Verurteilung nach dem Klageantrag erfolgen. Die Kostenentfcheidung beruht auf § 91 Zivilprozeßordnung und § 26 Gewerbeordnungsgesetz.

Geschied: Moser.

Nach diesem Urteil gibt die Innung selbst zu, daß D. seine Lehrezeit und Prüfung ordnungsgemäß bestanden hat. In den Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens im Handwerkskammerbezirk Posen findet sich kein Wort, daß das an den Junggefeilen gestellte Verlangen rechtzeitig. Ja, es steht sogar im § 18 Abs. 2: „Wird durch Verordnungen des Lehrherrn die vertragsmäßige Lehrezeit überschritten, so hat der Lehrherr dem Lehrling den ihm

hierdurch entstehenden Schäden zu ersetzen." Und im § 19 heißt es: "Die vorstehenden Vorschriften gelten auch für die Beschäftigten von Lehrlingen bei Innungsmitgliedern." Da D. aber immer noch nicht seine Papiere erhielt, so ließ er durch den Rechtsanwalt Riefstörner am 4. November Beschwerde beim Regierungspräsidenten zu Posen einlegen. Darüber sind nun nahezu fünf Monate verfloßen, der Herr Regierungspräsident hat aber noch nichts wieder von sich hören lassen.

Die Folgeerscheinungen einer solchen widerrechtlichen Ausbeutung möge ein anderer Fall dartun. Am 1. April 1906 beendete der Maurerlehrling Krzyskal seine vertragliche Lehrzeit; die Gesellenprüfung bestand A. bereits am 16. März 1906. Am 1. April 1906 sperrten die Baugewerkschaften von Posen die Mauerer aus. Den Lehrlingen verweigerten sie die Papiere. Die Junggesellen wurden während der Aussperrung regelrecht verborst. Dieses passierte auch dem A., der von seinem Lehrmeister Ramiński an den Vorstehenden der Innung und der Handwerkskammer, Müller, verborst wurde. Müller beschäftigte A. am Kirchhof in Wilna, wo noch eine ganze Anzahl dieser jungen Leute arbeitete, ohne daß auch nur ein Gelehrter dabei gewesen wäre. Die Vorschriften der Gewerkschaften lauteten aber: Für Betriebe ohne Gesellen können 2 Lehrlinge, mit 1 Gesellen 2 Lehrlinge, mit 2 Gesellen 3 Lehrlinge, auf 4 Gesellen 4 Lehrlinge, auf 7 Gesellen 5 Lehrlinge auf 10 Gesellen 6 Lehrlinge und je weitere 4 Gesellen 1 Lehrling mehr bis zur Höchstzahl von 30 Lehrlingen bei 106 Gesellen beschäftigt werden. Dies respektierte der Vorstehende der Handwerkskammer aber nicht, sondern beging einen offenen Verstoß gegen dieselben Vorschriften, über deren Befolgung er gerade wachen sollte. Die Folge dieser „Meister“ wurde A. hüben, er fiel von der Mütze und trug schwere Verletzungen davon. Die für A. später bewilligte Unfallrente wurde, und dies nach dem Gesetz zu recht, nach seinem Einkommen als Lehrling bemessen und betrug dadurch soviel wie nichts.

Ein weiterer Mißstand im Lehrlingswesen ist die Verhängung des Nachlernens. Wir wollen anerkennen, daß der, der das Handwerk nicht genügend erlernt hat, zur Aneignung der Fertigkeit weiter angehalten werden muß. Ist aber das Maurerhandwerk so schwer, daß es ein Lehrling in drei Jahren nicht so weit erkennen könnte, um wenigstens die Grundlage zur späteren Vervollständigung zu schaffen? Doch wohl nicht. Wer diese Grundlagen in den drei Jahren nicht kopiert, hat auch wenig Aussicht, es in dem halben Jahr der Nachlehre zu tun. In den meisten Fällen tragen die Lehrmeister die Schuld, die sich um die Ausbildung des Lehrlings so wenig wie möglich kümmern, sondern nur darauf sehen, daß sich das Ausbildungsgeld recht profitabel für sie gestaltet. Und dann fallen sie den tüchtigen Gesellen.

Der Lehrling Hils-Stapel zu Posen, lernte vom 1. April 1902 bis 1. September 1906, erst bei einem Unternehmer in Samter, dann bei E. Wasmus in Posen. Wegen nicht genügender Kenntnisse im Ziegelmachen, wurde er zu einem halben Jahre Nachlernens verurteilt. Wenn die Gesellen den Lehrling das Steine verpacken lehrten, und dies konnte Stapel, so bedeutet die Nachlehre in diesem Falle gerade eine Prämie für die Vernachlässigung der Ausbildung durch den Lehrmeister. Wasmus und gerechter wäre es, wenn auch dem Lehrmeister eine Strafe auferlegt würde, weil er sich nicht so wie es seine Pflicht ist, um die Ausbildung des Lehrlings gekümmert hat. Hier mußten die Kollegen in der Prüfungsabteilung in Zukunft von dem § 18 der Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens Gebrauch machen, der da lautet:

„Gewinnt der Prüfungsausschuß die Überzeugung, daß die mangelhafte Ausbildung des Lehrlings durch den Lehrherrn verschuldet ist, so hat der Vorstand der Handwerkskammer für die Unterbringung des Lehrlings in einem anderen Handwerksbetriebe während der verlängerten Lehrzeit Sorge zu tragen.“

Aus der Schweiz.

Der Verband der Maurer und Handlanger in der Schweiz blüht auf das erste volle Jahr seines Wirkens auf. Das Jahr 1907 war sehr schwer für den Verband: mit den Unternehmern heftige Kämpfe und im Innern Unzufriedenheit, Gärungen, Unordnung, wie das bei allen jungen Organisationen, insbesondere aber in der Schweiz und insbesondere im Baugewerbe ist. Bei der bunten Zusammenlegung der Bauarbeiter in der Schweiz (Eidgenossen, „Schwaben“ = Schweizerdeutsche und Italiener) ist das Organisieren besonders schwer und das schwerste ist, sie alle an eine regelmäßige Beitragszahlung zu gewöhnen. Die Jahresabrechnung verzeichnet 116 Sektionen; die Zahl entspricht aber nicht der Zahl der Organisationsorte, da in den größeren Orten meist zwei Sektionen, eine deutsche und eine italienische, bestehen. Die Mitgliederzahl ist nicht angegeben, was wir gewohnt sind, als ein schlechtes Zeichen anzusehen. Es ist indes bei den schweizerischen Verhältnissen wohl zu begreifen. Die meisten Bauarbeiter in der Schweiz sind jugend, jugendlich, die im Herbst nach Hause reisen. Infolgedessen sind die Sektionen am Jahresfluß viel schwächer als in der eigentlichen Bauperiode. Würde man also die Mitgliederbestände vom Jahresfluß angeben, so würde man dadurch zu einem viel zu ungünstigen Urteil über die Bedeutung der Organisation im Wirtschaftsleben verleiten. Die Einnahmen der Hauptkasse aus den Sektionen betrugen Frs. 37 436.82, wozu Frs. 12 287.30 sonstige Einnahmen und Frs. 3428.85 alter Bestand kommen, so daß die Gesamteinnahme also Frs. 53 150.97 beträgt. Die Ausgabe für das Berichtsjahr betrug Frs. 49 864.24, davon entfallen auf Agitation Frs. 6226.57, auf die beiden Hauptblätter Frs. 2170.25, auf persönliche Verwaltungskosten Frs. 4516.75 und auf Streikunterstützung Frs. 31 292.90; außerdem hat die sachliche Verwaltung, wie erklärt, ziemlich große Kosten verursacht. Der Verband tritt mit einem Kassensstand von Frs. 3780.43 ins neue Jahr ein.

Ueber die wirtschaftlichen Erfolge läßt sich der „Baugewerker“ in seinem Rückblickartikel aus. Die Organisation war an 18 Lohnbewegungen beteiligt, die in

15 Fällen durch Streiks erledigt wurden. In 6 Orten ist die Arbeitszeit von 11 auf 10 und in einem Ort von 10 auf 9½ Stunden vermindert worden. Der Lohn wurde erhöht in 2 Orten um 5 Cts., in 2 Orten um 4 Cts., in 3 Orten um 3 Cts., in 6 Orten um 2 Cts., in 3 Orten um 1 Cts. und in 2 Orten wurde keine Lohnvermehrung erreicht. Angaben über die Zahl der von den Lohn erhöhungen erfahrenen Arbeiter können nicht gemacht werden. Ueber die Streiks sagt der „Baugewerker“, daß sie allerorts mit großer Ausdauer und Zähigkeit geführt wurden, was ja auch die Baumeister in ihrem Bericht reichhaltig anerkennen. Was aber bei unseren Kämpfen fehlt, das ist die Disziplin. Zersplittertheit und Unfertigkeit sind an der Tagesordnung und jeder Tag soll irgend etwas neues geben. Statt daß man ruhig Streikposten steht oder gegen die Unordnungen der Streikkommission befolgt, wird jeden anderen Tag irgend ein Demonstrationsgang geplant. Wenn Streiks verloren gegangen sind, so hat es nicht daran gelegen, daß die Unternehmer mächtiger waren als wir, oder daran, daß wir es mit Geldmangel zu tun hatten, sondern an den eigenen Kollegen lag es und das muß und kann anders werden. Wir können Erfolge haben, wenn wir es ernstlich wollen, aber nur mit disziplinierten Kämpfern.“

Der „Baugewerker“ berührt weiterhin ein Thema, das auch manchem Verwaltungsbeamten unseres Verbandes nicht fremd ist. Er schreibt: „Einen erheblichen Teil Arbeit brachte auch der Titel Rechtschutz. In den weitaus meisten Fällen handelte es sich um Unfälle und Lohnstreitigkeiten, dabei in den meisten Fällen um italienische Kollegen. Hier zeigte es sich, daß das Unternehmertum aus der Unkenntnis der italienischen Kollegen auch noch Nutzen schlagen möchte, und mancher arme Teufel, den man mit nichts oder sehr wenig abgepeist hätte, kam dadurch, daß ihm der Verband einen Fürsprecher stellte oder die Sekretäre die Vertretung übernahmen, zu seinem Rechte. Aber auch Missetaten der Unternehmer galt es zurückzuweisen, auf die eingezogen wir hier berichten. Wir erinnern nur an die Vorkommnisse in Villach und Montier, an welchen Orten es nur mit kolossaler Ausdauer möglich war, die Kollegen zur Bestrafung zu bringen und den betreffenden Arbeitern zu ihrem Rechte zu verhelfen.“

In bezug auf die Agitation Hagte der „Baugewerker“ über den starken Wechsel innerhalb des Verbandes. In den 18 Monaten, die der Verband besteht, wurden 18 000 Aufnahmen gemacht und doch betrug die Mitgliederzahl im dritten Quartal 1907 nur 6000. Wenn auch der ganze Bericht noch stark von Jugendsucht und darum von Unvollständigkeit zeugt, so können wir ihn aber doch mit der Hoffnung begleiten, daß es auch für die schweizerische Maurerbewegung nun nur noch ein Vorwärts gibt.

Zentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einheit.)

In der Woche vom 5. bis 11. April sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Schweißweiler M. 170, Nagelsburg 164.10, Budow 119, Wittenberge 125.35, Reubel 105.95, Wronberg 75, Rauen a. M. 62.62, Gräfen-tonna 30, Rathenow 100. Summa M. 982.02.

Zufußgekommen: Breslau M. 500, Nibdorf 400, Deutsch Wilmersdorf 300, Jüterbog 300, Bernau i. B. M. 300, Mannheim 300, Söfen 200, Friedland 200, Neuruppin 200, Groß-Reudersdorf 200, Pirna 200, Ludwigsfelde 150, Otterberg 170, Straßburg i. E. 100, Stammheim 100, Rastat a. Rh. 100, Otterberg i. B. Pfalz 100, Stabenhagen 50, Eggenfeld 50, Wittenberg 50. Summa M. 3970.

Altona, den 11. April 1908.

Karl Reich, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Subventionen etc.

Kollegen! Unterlätzt nie, von Unfällen, Vaneinstürzen, Überhaupt von allen wichtigsten Vorkommnissen auf den Bauten schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Charlottenburg. Ein tödlicher Baunfall ereignete sich am 11. April auf einem Neubau in der Windmühlstraße. Der dreißig Jahre alte Maurer Otto Troschke war in der dritten Etage des Neubaus beschäftigt. Beim Kaltwassertratt trat er plötzlich tot und stürzte in den Hof hinunter. Der Verunglückte war sofort tot; er hinterläßt Frau und zwei Kinder.

Spremberg. Am 4. April ereignete sich ein bedauerlicher Unglücksfall in Friedrichshain bei Spremberg. Der Kollege Ernst Adorf aus Gr.-Königz schaltete eine Betonbohle aus, die leicht auf Lager gestanden hatte; dabei stürzte die ganze Bohle ein, so daß Adorf mehrere Knochenbrüche erlitt. Ein Lehrling hatte kurz vor dem Einsturz den Raum verlassen, sonst wäre das Unglück noch größer gewesen.

St. Ingbert. Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich Samstag, den 11. April, nachmittags 3 Uhr, am Neubau des Unternehmers R. Sellenbach. Drei Arbeiter, die beim Abfräsen an der Fassade beschäftigt waren, stürzten herunter, wobei der Steinhauer Andre und der Gipser Hofhof schwere Verletzungen erlitten. An dem Unkommen des Andre wird gezweifelt, da er das Rückgrat gebrochen hat.

* Subventionen. Die Arbeiten am Amts- und Landgerichtsgebäude in Eisenach sind zur Subvention öffentlich ausgeschrieben worden. Es ergaben sich folgende Forderungen: Maurermeister B. Creutzburg M. 226 199, Maurermeister Robert Vogt M. 181 270, Baunternehmer Eulass Stein M. 180 965, Baumeister Herr M. 177 879, Maurermeister D. Drewes M. 172 819, Gebr. Rehl M. 165 246, Firma Schröder & Heerwagen M. 155 183. Der Unterschied zwischen der höchsten und niedrigsten Forderung beträgt also rund M. 70 000. Der Willkür, Herr Schröder, ist zugleich der Vorsteher des Bezirksverband der Unternehmer für Thüringen. Vor wenigen Tagen noch sang er das Klage-

lied von den schlechten Zeiten, weshalb er für die nächsten zwei Jahre keinen Pannig Lohnverhöhung geben könnte. Mischel rechnet der Herr nun einmal aus, wieviel von den M. 70 000 immer noch für ihn übrig bliebe, wenn er den baugewerblichen Arbeitern pro Stunde 2 ½ zugelegt hätte.

Aus Unternehmerkreisen.

* Deutscher Arbeitgeberverband im Platten- und Glasgewerbe. Am 28. März ist die Verschmelzung der beiden bisherigen Unternehmervereinigungen im Platten- und Glasgewerbe erfolgt. Vorläufig gehören dem neuen Verbande 123 Firmen an, die ihren Sitz hauptsächlich in der Rheinprovinz und in Westfalen haben. Darüber hinaus werden für Hamburg und Stuttgart je 6, Frankfurt a. M. und München je 4, Kiel 3, Berlin, Dresden, Hannover, Lübeck, Nürnberg und Straßburg je 2 Firmen, und für Altona a. b. Lunda, Bremen, Cöpenick, Erfurt, Freiburg i. Br., Gießen, Heidelberg, Karlsruhe, Kempten i. Allg., Krefeld, Leer, Mülhausen i. G., Remmstein, Deggendorf, Regensburg, Tübingen, Wiesbaden je 1 Firma als Mitglieder genannt.

Aus anderen Berufen.

* Gewerkschaftssekretariat Markt-Redwitz. Für den ständigen Teil von Oberfranken und die Oberpfalz ist ein Gewerkschaftssekretariat errichtet worden. Sekretär ist der Herr Michael Weiß. Alle Zuschriften wegen Versammlungen, Organisationsangelegenheiten und Auskunftsvermittlung sind an unterstehende Adresse zu richten. Zur mündlichen Auskunftserteilung, die an alle Personen ohne Unterschied des Berufs, der Konfession und des Wohnortes erteilt wird, ist vorerst der Freitag jeder Woche festgesetzt, und zwar vormittags von 9 bis 11 Uhr, nachmittags von 4 bis 6 Uhr. Alle Anfragen und Zuschriften sind zu richten an Michael Weiß, Markt-Redwitz Nr. 877.

Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

M.G. Wann sind Bruchschäden als durch Unfälle herbeigeführt anzusehen? Ueber diese wichtige Frage herrscht bei den meisten Arbeitern große Unkenntnis, weshalb ein Eingehen darauf auch für unsere Kollegen von großem Interesse sein dürfte. Bezüglich der eventuellen Entschädigung von Bruchschäden durch die Berufsgenossenschaft heißt es nun im Handbuch für Unfallversicherung u. a.: „Es kann dahingestellt bleiben, ob das plötzliche Entstehen eines Bruches auf traumatischem Wege ohne vorgängige Bruchanlage möglich ist oder nicht. Denn nicht die bestehende Anlage a. B. zu einem Leistenbrüche, sondern das sog. Ausstreichen des Bruches, d. h. eines Teiles der Eingeweide durch die Bruchspalte des Leistenkanals oder aber auch die Einklemmung eines Eingeweideendes in einen Bruch, ist unter besonderen Umständen als Unfall zu betrachten. Das Auftreten eines Bruches in diesem Sinne bringt nicht nur gegenüber dem Zustand eines völlig gesunden, sondern auch gegenüber demjenigen eines bis dahin schon mit Bruchanlage befallenen Menschen eine die Erwerbsfähigkeit mindernde plötzliche Verschlimmerung des körperlichen Gesamtzustandes herbei. Im allgemeinen ist davon auszugehen, daß nach den gemachten Erfahrungen Leistenbrüche sich in den bei weitem meisten Fällen allmählich entwickeln und lediglich bei der klagenden Berufsarbeit oder den gewöhnlichen Betätigungen des Lebens ausgetreten pflegen. Soll daher die für eine allmähliche Entstehung des Bruches sprechende starke Vermutung widerlegt werden, so sind an die Beweisführung dafür, daß es sich ausnahmsweise um einen Fall plötzlicher Entstehung des Bruches handelt, besonders strenge Anforderungen zu stellen. Unter diesem Gesichtspunkt ist auf den Nachweis einer an sich schweren und zugleich außergewöhnlichen, über den Rahmen der regelmäßigen Betriebsstätigkeit hinausgehenden Anstrengung, bei welcher der Bruchaustritt erfolgt ist, besonders Gewicht zu legen. Allerdings kann auch eine an sich betriebliche, einem Arbeiter geläufige Arbeit wegen ausnahmsweise ungünstiger Umstände, unter denen sie sich vollzieht, eine außergewöhnliche Anstrengung bedingen und so für einen dabei stattfindenden Bruchaustritt die Vermutung plötzlicher und ursächlicher Entstehung schaffen. Ferner ist bei der Beurteilung der Frage, ob der erwähnte Nachweis als geführt zu erachten ist, insbesondere darauf Rücksicht zu nehmen, daß das plötzliche Entstehen eines Bruches, wie dies bei dem gewaltigen Hervordringen von Eingeweiden aus der Bruchspalte nicht anders sein kann, regelmäßig heftige, kaum erträgliche Schmerzen im Gefolge hat, welche den davon Betroffenen mindestens zu einer Unterbrechung der Arbeit nötigen und ihn unwillkürlich zu Ausrufenen des Schmerzes und zur alsbaldigen Anrufung ärztlicher Hilfe veranlassen. Wird ein derartiger Nachweis nicht geführt, so spricht die Vermutung dafür, daß die Arbeit, bei welcher der Bruch ausgetreten ist, nur die Gelegenheit, nicht aber die Ursache für den Bruchaustritt gebildet hat, und daher nur als die Ursache für die Entstehung, nicht für die Entstehung des Bruchleidens anzusehen ist.“

Diese Ausführungen im Handbuch der Unfallversicherung hat sich die Rechtspflege zu eigen gemacht und verfahren sowohl die Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung, wie auch das Reichsversicherungsamt in Berlin streng danach. Einzelne Schiedsgerichte haben sogar gedruckte Urteile auf Lager, um Bruchleidende mit ein und derselben Begründung nach obigem Wortlaut abzuweisen.

Was vorstehend von den sogenannten Leistenbrüchen gesagt ist, gilt im allgemeinen auch von Rektalbrüchen, Nabelbrüchen und Bauchbrüchen, nur bei Magenbrüchen werden nicht so strenge Anforderungen gestellt.

Die meisten Abweisungen erfolgen nun deshalb, weil die Verletzten nicht gleich den Arzt aufsuchen. Sollte sich also jemand durch Vergehen u. s. w. einen Bruch zuziehen, so ist dringend anzuraten, sofort einem Arzt beizutreten, darauf aufmerksam zu machen und dann sofort den Arzt

aufzusuchen. Am dem Vater einen Bild in die Rechtsprechung zu geben, entnehmen wir den Berichten der Arbeitersekretariate zu Halle a. S. und Mannheim folgende zwei Urteile. Ein 16-jähriger Metallarbeiter sollte mit zwei anderen Mitarbeitern zusammen eine fast zehn Zentner schwere Miste aufrichten. Nach den Befehlen eines Mitarbeiters haben die Arbeiter ihre ganze Kraft aufzubieten müssen, um die Miste aufzustützen zu können. Unmittelbar nach der Arbeitsverrichtung verspürte der Verletzte heftige Schmerzen in der linken Schulter. Er öffnete seine Hose und zeigte die schmerzerfüllte Stelle einem Mitarbeiter, der etwa eine faustgroße Geschwulst bemerkte. Sofort begab sich der Verletzte zu einem in der Nähe der Arbeitsstelle wohnenden Arzt, den Weg dorthin konnte er aber nur langsam und unter großen Schmerzen zurücklegen. Der Arzt fand eine hüftergroße Geschwulst vor, die eingeklemmt war und heftige Schmerzen verursachte. Die Bruchspalte war für die Kuppe des Beifingers einseitig und schmerzhaft. Trotzdem wurde der Verletzte von der Berufs-gesellschaft mit seinem Anspruch auf Rente abgewiesen, ebenso vom Schiedsgericht. Erst das Reichsversicherungsamt erkannte einen Betriebsunfall als vorliegend mit der Begründung an, daß der Bruch nicht bei Gelegenheit der Arbeit, sondern durch die Arbeit selbst plötzlich verursacht worden sei.

Ein Maurer war im Februar vorigen Jahres in Ludwigsbafen mit Gerüstbau beschäftigt. Dabei trug er einen circa 2½ Zentner schweren Gerüstteil auf drei Stützen hoch hinauf. Nach den Aussagen eines Zeugen soll sich der betreffende Maurer dabei sehr angestrengt haben. Oben angekommen, erklärte er dann dem Zeugen, welcher ihm den Hebel abnahm, daß er Schmerzen im Unterleib verspüre und diese führe er auf das Tragen des Schels zurück. Vor dem Unfall soll der Verletzte niemals über Schmerzen geklagt haben, auch soll er sich selbst geübt und sich niemals bei der Arbeit gekümmert haben. Als der Verletzte die Leiter wieder herabstieg, schmerzte ihn die linke Hüftengegend sehr, daß er das linke Bein fast nicht in die Höhe brachte. Die Schmerzen nahmen sehr zu, daß am nächsten Tage ein Arzt zu Rate gezogen werden mußte. Der erste Arzt wollte keine Unfallfolgen feststellen können. Sechs Tage später wurde dann ein anderer Arzt konsultiert. Derselbe konstatierte eine doppelte Rippenverletzung. Beim Anstrengen der Brustspalte fühlte man ein deutliches Ausweichen des Darmes gegen den eingeklemmten Finger. Der Arzt betrat den Standpunkt, daß die Brustanleihe schon vor dem Unfall bestanden habe, jedoch sei ein ursächlicher Zusammenhang der geklagten Beschwerden mit dem Unfall nicht von der Hand zu weisen. Die Berufs-gesellschaft wies darauf hin, daß der Verletzte als Maurer in der Bauwirtschaft tätig sei und seine Tätigkeit eine solche sei, die eine solche Verletzung herbeiführen könne. Der Verletzte wurde mit der schweren der Betriebsarbeit begründet, ferner auf die eigentümliche Weise, mit welcher dieselbe verrichtet werden mußte, hingewiesen. Das Schiedsgericht befahl die Einholung eines Obergutachters und Vernehmung des Zeugen, der dem Verletzten den Hebel abgenommen und dem gegenüber er sofort über Schmerzen geklagt hatte. Der Obergutachter betonte, daß mit großer Wahrscheinlichkeit angenommen werden müsse, daß die allzu große Anstrengung die veranlassende Ursache der Krankheit war. Wenn man mit einer schweren Last die Leiter hinaufgehe, so müssen die Muskeln und Weichteile um das Hüftgelenk herum in ganz besonderer Weise angestrengt werden; denn auf den Rücken ruht die Last. Der Umstand, daß der Arbeiter nach einer Zeitlang weiter gearbeitet habe, spreche nicht gegen den Zusammenhang. Auf Grund dieses Gutachtens usw. sprach das Schiedsgericht dem Verletzten dann eine Rente von 25 Pst. zu. — Trotz dieser günstigen Entscheidungen muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß, wenn sich jemand einem Bruch zugezogen hat, dringend zu empfehlen ist, daß der Verletzte unverzüglich den Arzt aufsucht, die Arbeit also gleich unterbricht und eventuell Mitarbeiter sofort von dem Vorfall Mitteilung macht.

Verschiedenes.

* Der Arbeiter-Adressenband „Solidarität“, der sich über ganz Deutschland, die Schweiz und einen Teil Österreichs erstreckt und die größte radpolitische Organisation ist, bietet seinen Mitgliedern für ein Eintrittsgeld von 60 Pf. und einem Monatsbeitrag von 20 Pf. folgendes: 1. Das monatlich zweimal erscheinende Bundesorgan „Der Arbeiter-Adressenband“. 2. Unfallunterstützung, und zwar im ersten Jahre der Mitgliedschaft M. 1, im zweiten Jahre M. 1,25 und im dritten Jahre M. 1,50 pro Tag für die Dauer von 18 Wochen für Rad- und Motorfahrer. Bei Unfällen mit tödlichem Ausgang M. 50 und nach einer einjährigen Mitgliedschaft M. 100. 3. Sterbeunterstützung nach einer einjährigen Mitgliedschaft an die Hinterbliebenen M. 50. 4. Gewährung von Rechtschutz in Fällen, welche für das Adressenwesen von Bedeutung sind. 5. Kollektive Überweisung der Grenzen nach allen Ländern für Rad- und Motorfahrer. 6. Wegelosen für Rad- und Motorfahrer werden an die Bundesvereine gratis sowie an die Mitglieder zu ermäßigten Preisen abgegeben. — Alle Sportgenossen und Genossen, die unserem Bunde noch fern stehen, fordern wir auf, sich unserem Bunde als Mitglieder anzuschließen. Alle Zuschriften resp. Mitteilungen sind zu richten an die Geschäftsstelle: Carl Fischer, Dissenbach a. M., Wiesnardsstr. 32.

Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist 28 des 26. Jahrganges. Aus dem Inhalt des Heftes hebt wir hervor: Die Bedingungen des ersten Aufschwunges der russischen Revolution. Von Th. Dahn (Schluß). Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Postkörpers zum Preise von M. 3,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. — Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung von Julius Deutsch. Mit einem Vorwort von

Dr. Viktor Adler. — Verlag der Wiener Volksbuchhandlung J. G. Pöhl & Co., Wien VI, Gumpendorferstraße 18. XI und 332 Seiten. Preis 4.80. Die numerische Stärke, die die österreichische Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren erreichte, ihr machtvoller und so erfolgreicher Aufstieg, das reiche innere Leben dieses Teiles der österreichischen Arbeiterbewegung haben unsere Gewerkschaftsorganisationen in der österreichischen Volkswirtschaft eine hervorragende Stellung verschafft. Um so größer wird das Interesse an der bisherigen Entwicklung der Organisationen, an der Art der Lösung der verschiedenen Probleme. Deswegen ist das Buch des jungen Gelehrten Julius Deutsch so aktuell: dieser Umstand kam der streng wissenschaftlichen, auf gewissenhaftesten Studien aufgebauten Arbeit sehr zu nützen. Wer nun halbwegs orientiert sein will, sei er Theoretiker oder Praktiker, Unternehmer oder Arbeiter, muß dies Buch, das erste und einzige über die Geschichte der österreichischen Gewerkschaften, gelesen haben. Und er wird es, das steht fest, mit viel Genuß und Gewinn lesen.

Briefkasten.

Tania, D. G. Die Steuern müssen auch während einer militärischen Uebung bezahlt werden. Lohnbeschlagnahme wegen rückständiger Steuern ist zulässig, jedoch dürfen die Steuern nicht länger als drei Monate fällig sein.

Günther, K. G. Der Mieter braucht es sich nicht gefallen zu lassen, daß in den gemieteten Räumen während der Mietzeit irgend welche baulichen Veränderungen vorgenommen werden. Der Mieter hat auch nicht nötig, zu dulden, daß durch bauliche Veränderungen des Hauses Dreck und Schmutz in die von ihm gemieteten Räumlichkeiten, wozu auch der Hausboden gehört, gebracht werden.

Danenberg, S. H. Die Frage läßt sich nicht beantworten, weil sie zu allgemein gehalten ist. Was ist denn das für eine Krankenkasse, die sich weigert, den Arzt zu bezahlen und Krankenunterstützung zu gewähren, und welche Gründe gibt sie für ihre Weigerung an?

G. P. M. Es muß vor Gericht der Nachweis geführt werden, daß in der kritischen Zeit (als solcher gilt die Zeit vom 181. bis 302. Tage vor dem Tode der Geburt des Kindes mit Einschluß des 181. und 302. Tages) ein anderer dem Mädchen beigegeben hat; gelingt dieser Nachweis nicht, so gilt als Vater des Kindes der, den die Mutter als solchen bezeichnet; dieser ist dann auch zur Alimentation verpflichtet oder wird vom Gericht dazu verurteilt werden.

Randshut, Schriftführer. In Nr. 16 können wir doch keinen Bericht mehr aufnehmen, der schon in Nr. 13 hineingebört hätte. Ueberdies war das Papier auf beiden Seiten beschrieben.

Wahungen, R. M. und W. K. Die Antwort auf die an uns gerichtete Frage findet Ihr in Nr. 14 selbst. Wie alle Versammlungsberichte, mußte eben auch der aus Wahungen stammende Bericht, woran der Einkäufer gar keine Schuld hat. Wenn der Bericht hier eingetroffen ist, hat damit gar nichts zu tun.

388. Wenn die Frau schon zwei Jahre verheiratet ist, erhält sie Zuzahlungsverpflichtungen nicht mehr zurückgezahlt; ein solcher Antrag hätte innerhalb eines Jahres nach dem Tage der Verheiratung gestellt werden müssen. Es ist wohl auch besser, die Frau bleibt in der Verheiratung und lebt weiter, zumal ja im Verlauf zweier Jahre nur 20 Markten gekostet zu werden brauchen, um die Anwartschaft auf Rente aufrecht zu erhalten.

Zwei Streikende. Beantworten wir nicht. Wenn Antrag vorliegt, wird der Vorstand entscheiden.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zahlstellen oder Sektionsvorsprache angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Eberswalde. Die Adresse des Kassierers ist jetzt: Hermann Liesegang, Eberswalde, Eisenbahnstr. 47. [90 Pf.]

Der Maurer Emil Meier, geb. den 9. Dezember 1883 zu Nordhausen, wird aufgefordert, seinem Bruder Virus baldigst Nachricht von seinem Aufenthaltsorte zu senden. Virus Meier, Gengst bei Boele i. Westf., Nr. 241. [M. 1,50]

Der Maurer K. Josepelt, gebürtig aus Memel, Verb. Nr. 389 977, wird hiermit ersucht, mit seiner Adresse anzugeben. Kollegen, die seine Adresse kennen, werden ersucht, ihn darauf aufmerksam zu machen. [M. 1,50]

Jakob Pedersen, Maurer, Lese, Heinrichstr. 45.

Der Maurer Georg Kreher, geb. zu Schaafheim in Hessen, Verb.-Nr. 400 927, wird von seinem kranken Vater ersucht, seine Adresse anzugeben, damit sein Vater zu kommen. Alle, die den Aufenthaltsort dieses Kollegen wissen, werden gebeten, dies dem Zweigverein Frankfurt a. M. mitzuteilen. [M. 1,50]

Der Kollege Franz Martin aus Neu-Windorf, geb. 29. September 1863, wird wegen Geschäftsangelegenheiten um Angabe seiner Adresse gebeten an den Zweigverein Deutsch Rasselwitz. [M. 1,20]

Liegnitz.

Samstags, den 2. Mai, abends 8 Uhr:

Frühjahrsvergnügen

bestehend in Theater, Verlosung, Preisschießen und Ball unter Mitwirkung des Arbeitergesangsvereins. Eintritt inkl. Tanz 60 Pf. Alle Kollegen sind eingeladen. [M. 8,00] Das Komitee.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen und innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beile steht 15 Pf.)

Berlin. Am 8. April starb der Kollege Albert Berndt im Alter von 40 Jahren an Herzleiden.

Breslau. Am 9. April starb unter treuer Verbandskollege August Heinze im Alter von 69 Jahren an Herzleiden.

Döbeln. Am 8. April verschied unser treuer Verbandsmitglied Otto Host im 54. Lebensjahre an Unterleibstypus.

Dormund. Am 9. April starb infolge eines Sturzes aus der zweiten Etage unser Verbandskollege J. Ernst im Alter von 49 Jahren.

Eisen a. d. Ruhr. Sektion der Hiesenteger. Am 6. April starb unser treuer Mitglied Theodor Lemmer im Alter von 81 Jahren an der Prostatitis, transfit.

Hann i. W. Am 5. April starb unser treuer Mitglied Friedrich Haarde im Alter von 19 Jahren an den Folgen eines Unfalles.

Seiberg. Vaterthal. Am 6. April starb unser Kollege Ferdinand Zuber im Alter von 20 Jahren an Lungenerkrankung.

Kroßstadt. Am 6. April starb unser Verbandsmitglied Wilhelm Schulze an Lungenerkrankung.

München. Untergiesing. Am 3. April starb unser Kollege Franz Wagnüller im Alter von 37 Jahren an Schlaganfall.

Raumburg. Am 9. April starb unser Verbandskollege Gustav Schlag im Alter von 50 Jahren an Kopfste.

Salzwedel. Am 5. April starb unser Verbandskollege Wilhelm Schröder im blühenden Alter von 18 Jahren an Lungenerkrankung.

Seehausen i. d. Altmark. Am 1. April starb nach längerem, schwerem Leiden unser treuer Verbandskollege Friedrich Rohm im Alter von 55 Jahren an Magenkrebs.

Stuttgart. Am 8. April starb nach langem Leiden der Kollege Wilhelm Schaal im Alter von 45 Jahren.

Wiesbaden. Radesheim. Am 8. April starb unser treuer Verbandskollege Thomas Leideker im Alter von 72 Jahren an Lungenerkrankung.

Wittenberg. Am 6. April starb unser Verbandskollege Hermann Faust an Lungenerkrankung.

Wriezen. Am 8. April starb unser treuer Verbandskollege Hermann Nahrung nach längerer Krankheit im Alter von 67 Jahren an Herzschlag. Ehre ihrem Andenken!

Der Kollege August Westedt aus Oldenburg bei Hagen wird von seinen Eltern ersucht, seinen Aufenthaltsort anzugeben. [90 Pf.]

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Samstags, den 18. April.

Bergedorf. Abends 8½ Uhr im Lokale des Herrn D. Wandte.

Donnerstag, den 19. April, 1. Osterfeiertag.

Bader und Jäger von Köln und Umgebung. Vorm. 11 Uhr. Generalversammlung bei Herrn Heint. Dornig, Rammelsbergstr. 18. Z.-D.: Vorstands- und Anwesenheits.

Fürstentum. Vorm. 10 Uhr in der „Wollmanne“.

Lochau. Nachm. 3 Uhr bei G. Wegner in Rahm.

Ohlau. Nachm. 2 Uhr im Lokale des Herrn Schmidt.

Wiesenburg. Nachm. 2 Uhr im Vereinslokal.

Montag, den 20. April, 2. Osterfeiertag.

Belgien. Nachm. 3 Uhr bei Bräutigam.

Pasewalk. Vorm. 10 Uhr im Vereinslokal, Markt 18.

Samstag, den 26. April.

Artern. Nachm. 3 Uhr im „Schwan“.

Bayreuth. Nachm. 2 Uhr. Mitgliedsbücher mitbringen.

Köln. Nachm. 3 Uhr Generalversammlung im Veltzhaus. Gewerkschaft 100. Z.-D.: Vorstand- und Anwesenheits.

Döbeln. Nachm. 3 Uhr. Wähler sind mitzubringen.

Grossenhain. Tagesordnung sehr wichtig.

Züllichau. Nachm. Punkt 3 Uhr bei Herrn Klopff. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Zentral-Krankenhalle der Maurer usw.

Donnerstag, den 19. April, 1. Osterfeiertag.

Granssee. Nachm. 3 Uhr im Fränkischen Lokale. Z.-D.: Vorrechnung vom ersten Quartal. Stillschluß des Delegierten.

Ohlau. Nachm. 6 Uhr im Lokale des Herrn Schmidt.

Montag, den 20. April, 2. Osterfeiertag.

Charlottenburg. Vorm. 9 Uhr im Veltzhaus, Kollmannstr. 5. Z.-D.: Stilschluß vom ersten Quartal und Vorstandsrechnung.

Mittwoch, den 22. April.

Nowawes. Abends 8½ Uhr. Z.-D.: Vorrechnung vom ersten Quartal. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung.

Donnerstag, den 26. April.

München. Vorm. 10 Uhr im „Restaurant Cambrium“, Sendlingstr. 10. Z.-D.: Bericht vom ersten Quartal und Vorstandsrechnung.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Buer & Co. in Hamburg.